Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 6. Sonntag, den 9. Februar. 1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Ein Tabakfeind über Bord?

In dem Augenblick, wo wir dies schreiben, scheint festzustehen, daß der Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel seinen Posten quittiert und in allernächster Zeit aus dem Amte scheidet. Es kommt bei uns nicht oft vor, daß ein Staatssekretär oder Minister während der parlamentarischen Kampagne sein Amt niederlegt. Allein, die Situation ist eine so verzwickte und die Fähigkeiten des Freiherrn v. Stengel vermögen ihr so wenig Stand zu halten, daß sein Schicksal entschieden ist — er muß gehen. Der Wille eines Reaktionärs genügt nicht, um die Entwicklung aufzuhalten, er muß sein Ziel auch mit Anpassung an die Zeitverhältnisse zu erreichen vermögen. Und dazu fehlt Herrn v. Stengel die moderne Anpassungsfähigkeit, die in der Blockära von ihm verlangt wurde.

Indes, der sogenannte Reichsfinanz-Reformplan des Herrn v. Stengel verriet nichts weniger, als einen großen finanzpolitischen Zug. Ja, der Titel Reichsfinanzreform war nur mehr ein Hohn auf seine Finanzpolitik, die nur ein Fortwursteln in den alten Bahnen war, wenn dabei auch der Ansatz zu einer direkten Steuer, der Reichserbschaftssteuer, unterlief. Er duldete es oder es war vielmehr ganz seinen Anschauungen entsprechend, wenn das Erbschaftssteuergesetz zur Karikatur eines guten Gesetzes gemacht wurde.

Ganz in den kapitalistisch-ausbeuterischen Bahnen der Krautjunker und Schlotbarone wandelnd, beruhte seine Finanzpolitik auf der Ausbeutung der Massen. Diese Ausbeutung betrieb er u. a. mit seinen Tabaksteuervorlagen. Und mit Recht wurde ihm bei Beratung der letzten Tabaksteuervorlage entgegengehalten, dieses Verfahren sei keine Reformierung der Reichsfinanzen, sondern eine Deformierung. Wäre übrigens Herr von Stengel nicht mit der Zähigkeit eines Reaktionärs auf das Tabakmonopol zugesteuert, müßte man zweifeln, ob er überhaupt die Fähigkeit besaß, sein vielseitiges Ressort zu beherrschen. Indirekte Steuern, die Monopolen die Wege ebnen sollen, wie auf Spiritus und Tabak, kann der erste beste Finanzrat einführen, wenn ihm der Reichskanzler die Zustimmung einer Mehrheit verschafft.

Im vorliegenden Falle, d. h. zur Spiritusmonopolvorlage und zur Banderolesteuer auf Tabakfabrikate vermochte jedoch der Reichskanzler momentan keine Mehrheit zu schaffen, und da ist es denn zu Ende mit der Finanzweisheit des Herrn v. Stengel, der schon in Rücksicht auf seine, vom Klasseninteresse diktierte Abneigung gegen direkte Steuern es ablehnt, den Kampf um eine gründliche Verbesserung der Erbschaftssteuer aufzunehmen. Lieber nahm er das Odium auf sich, eine schon mehrfach vom Reichstag abgelehnte stärkere Schröpfung des Tabaks hartnäckig wieder zu verlangen, obgleich er wissen mußte, daß dies die Opposition gegen die Steuerpolitik der Regierung allgemein reizen und fördern mußte. Sein Abgang ist der Beweis für diese Tatsache, er ist mit seiner reaktionären, volksfeindlichen Finanzwirtschaft unterlegen. Ein Tabakfeind ist über Bord! —

Nun darf man nicht denken, daß mit seinem Rücktritt die bisherige Steuerpolitik aufgegeben würde. Das Junkertum und die Schlotbarone werden rücksichtslos auf deren Fortführung bestehen; es kommt nur darauf an, ob der Widerstand des Volkes so stark ist, daß davon Abstand genommen werden muß. Und die nächste Zeit wird ja lehren, mit welchen Mitteln der Nachfolger Stengels den Finanzkarren des Reiches aus dem Dreck ziehen will.

Für die Tabakindustrie ist der Rücktritt Stengels noch kein Anlaß, zu triumphieren. Es ist Tradition preußisch-kureaukratischer Finanzpolitik, auf das Tabakmonopol hinzuarbeiten. Unter Assistierung des preußischen Finanzministers v. Rheinbaben drängte Herr v. Stengel mit unverblümter Rücksichtslosigkeit auf die Monopolisierung der Tabakindustrie hin; es bleibt abzuwarten, in welcher Weise das sein Nachfolger tut.

Noch ist die Gefahr der Banderolesteuer, überhaupt einer Mehrbelastung nicht beseitigt, die Tabakindustrie muß also gerüstet bleiben — erst recht, wenn die sogen. Reichsfinanzreform, die angeblich schon vor zwei Jahren erfolgen sollte, bis zur nächsten Session des Reichstags verschoben werden sollte. Ueberrumpeln wird auch der neue Schatzsekretär die Tabakindustrie nicht. Dazu ist sie nach allen abschreckenden Vorgängen der letzten Jahrzehnte zu gut geschult.

Ruhigen Blutes und mit klarem Blick wird sie die weitere Entwicklung der Dinge verfolgen und sofort eingreifen, wenn es nötig scheint.

Monopol-Mayr.

Wenn es sich um die Abmurksung des Tabaks handelt, kann natürlich der Prof. Georg v. Mayr, wegen seiner Versessenheit auf Monopolplänen, der Monopol-Mayr genannt, nicht fehlen. Als ehemaliger Unterstaatssekretär der Finanzen in Elsaß-Lothringen hat der Herr keine Lorbeeren gesammelt, und es ist bekannt, daß die Straßburger kaiserliche Tabakmanufaktur mit ihren Fabrikaten zu seiner Zeit keine Ehre eingelegt hat. Aber der Herr tut sich trotzdem sehr viel zugute auf seine „praktischen Erfahrungen" im Tabakgewerbe, die freilich mit Rücksicht auf seine stets daneben hauenden theoretischen Sachäußerungen nur mit Gänsefüßchen betont werden können.

Kurz, Herr Prof. v. Mayr riecht den Braten, den die Regierung mit der Banderolesteuer auf Zigarren dem Reichstag vorsetzen will und schnell ist er bei der Hand, um seinen Senf dazu zu geben.

In der Zeitschrift für Sozialwissenschaft ist unter dem pomphaften Titel: „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Tabakbesteuerung" ein Artikel abgedruckt, der trotz des Titels nicht mehr und nicht weniger als eine Besprechung der bekannten Lißnerschen Befürwortung einer Banderolesteuer auf Zigarren darstellt. Zu dem Prof. v. Eheberg ist nun also noch der Monopol-Mayr als Helfer für die Banderolesteuer getreten, und mit dieser Meldung wäre eigentlich für alle Sachverständige die Sache abgetan. Aber wir möchten doch noch ein paar Worte darüber sagen, wie der Prof. v. Mayr seine Helfershelferschaft darbietet.

Nach Ansicht dieses starren Monopoltheoretikers trägt nur ein „Uebermaß von Doktrinarismus einerseits und reichgegliederter Interessen-Widerstand anderseits" die Schuld daran, daß das Reich nicht „zu voller Erschließung dieser Steuerquelle", des Tabaks, gekommen ist. Um so dankenswerter hält er es, daß der famose Herr Dr. Lißner als freiwilliger Regierungskommissar dem tabaksteuersüchtigen Reichsschatzsekretär beigesprungen ist mit einer „Darlegung der Leidensgeschichte der deutschen Tabakbesteuerung". Und nun, nach dieser persönlichen Beweihräucherung des neuen Steuerbonzen, folgt die reklamehafte Wiederkäuung Lißnerscher Sachverzerrung, bei der der Herr Professor aber nicht unterlassen kann, seine eigne Monopolweisheit als die einzig zum Ziele führende hinzustellen, zum Wohle des Staats und — der Tabakkonsumenten. Er, der Monopolprofessor, ärgert sich, daß Lißner diese Weisheit, daß nämlich „bei bescheidener Ertragsgröße (aus dem Monopol) eine höhere Preiswürdigkeit des Fabrikats zu erzielen sei," bezweifelt. Als stärksten Trumpf gegen diesen Zweifel spricht Prof. v. Mayr folgenden Satz gelassen aus:

„Ich dächte, eine Vergleichung der Qualität französischer und österreichischer Regiefabrikate gäbe dafür doch den besten Beleg."

Da haben wir den Monopol-Doktor, wie er leibt und lebt, der den Tabakgenuß nur nach einer krätzigen Zunge und einer Warzennase beurteilt. Daher wiesen auch die Fabrikate der kaiserlichen Manufaktur zur Zeit Mayrs die Qualitätseigenschaften österreichischer und französischer Regiefabrikate auf, so daß sie nachmalig als Lagerhüter verramscht werden mußten.

Wir könnten aus dem Mayrschen Aufsatze noch einige Perlen von solcher Schläue herausfischen, aber wir sparen besser den Raum zu etwas Wichtigerem. Nur die Freude wollten wir unsern Lesern sowie Herrn Prof. v. Mayr machen, ihn, unsern unentwegten Monopol-Mayr, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Regierung ist ohnedem undankbar genug, seine Helfersdienste mit einem heiteren und einem nassen Auge aufzunehmen, alldieweil unbesonnene Draufgängerei in diesem Falle zu keinem Ziele führt, Herr v. Mayr aber nicht aus seiner Haut heraus kann.

Rundschau.

Gegen den Vereinsgesetzentwurf. Der Verband für Frauenstimmrecht hielt eine Versammlung ab, in der nachfolgende Resolution zur Annahme gelangte:

Die von der Ortsgruppe Berlin des Verbandes für Frauenstimmrecht einberufene öffentliche Versammlung erwartet, daß der deutsche Reichstag den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes in seiner gegenwärtigen Form ablehnen wird, da er die heute in verschiedenen Staaten des Reichs bestehende Vereins- und Versammlungsfreiheit aufhebt.

Die Versammlung verlangt ein freies Vereinsgesetz ohne jede polizeiliche Beschränkung. Die Frauen im besondern erklären, daß sie nicht gewillt sind, die ihnen günstigen Bestimmungen im Gesetz durch Ausnahmebestimmungen gegen die fremdsprachige Bevölkerung zu erkaufen.

Linderung der Notlage oder Ausnutzung derselben? Die Notlage der Arbeiterschaft infolge der herrschenden Krise hat überall Veranlassung gegeben, die Gemeinden zur Linderung dieser Not aufzufordern. Wie die bürgerliche Gesellschaft sich nun ein solches Eingreifen denkt, mag folgendes erweisen: „Auf Antrag einer Arbeitslosenversammlung beschloß der Gemeinderat des Harzstädtchens Osterwieck behufs sofortiger Inangriffnahme von „Notstandsarbeiten" vorläufig 3000 Mk. auszuwerfen. Die zur Regelung dieser Angelegenheit eingesetzte Kommission hat nun den Tagelohn für die Notstandsarbeiten auf 1.50 Mk. für verheiratete und 1 Mk. für ledige Arbeiter festgesetzt. Trotz dieser niedrigen Lohnsätze meldeten sich gleich am ersten Tage 40 Arbeiter, um Arbeiten zu übernehmen, die jedenfalls unter andern Umständen der Gemeinde weit höher zu stehen kommen würden. Wenn nun auch bei zirka 100 Arbeitslosen mit 3000 Mk. nicht viel anzufangen ist, so läuft der Tagelohn von 1—1.50 Mk. doch mehr auf eine Ausnutzung als auf eine Unterstützung der Notlage hinaus. Der sicherlich nicht zu hoch angesetzte ortsübliche Tagelohn beträgt für Osterwieck 1.70 Mk. bis 2.20 Mk., unter dem sollten jedenfalls auch nicht die Notstandslöhne zur Auszahlung gelangen. Es wird nun von der Arbeiterschaft versucht, eine entsprechende Erhöhung zu erreichen.

Die gewerkschaftsfeindliche Haltung des Liberalismus im Reichstage. Im Reichstage wäre es beim Rest des Marineetats kaum zu einer größeren Debatte gekommen, wenn nicht die Freisinnigen Wert darauf gelegt hätten, ihre Blockkorruption wieder einmal in geradezu schmachvoller Weise zu betätigen. Die Budgetkommission schlägt eine Resolution vor, die unter anderem die Hinzuziehung der Arbeiterausschüsse zur Regelung der Arbeitsbedingungen in den Marinebetrieben fordert. Von unserer Seite wurde dazu beantragt, auch die Arbeiterorganisationen, d. h. die Gewerkschaften, selbstredend die Gewerkschaften aller Richtungen, hinzuzuziehen. Herr Gröber vom Zentrum und sogar der christlich-soziale Abg. Behrens traten für unsern Antrag ein. Daß der alte Richthofen, der sich neuerdings im stilwidrigen Gegensatz zu seinem Großpapagesicht auf den grimmigen Scharfmacher herauszuspielen bemüht, sich nicht nur gegen unsern Antrag, sondern gegen die ganze Resolution aussprach, braucht bei der sattsam bekannten Arbeiterfeindschaft der Konservativen nicht wunder zu nehmen. Aber geradezu empörend war die Haltung des Freisinns. Nachdem Genosse Ledebour in höchst sachlichen, jedes aggressiven Charakters entbehrenden Darlegungen unter Hinweis auf das einstmals doch bei dem Freisinn im höchsten Ansehen stehende Beispiel Englands unsern Antrag begründet hatte, bestieg der schönrednerische Pachnicke die Tribüne. Der Herr stand einstmals im Verdachte, Sozialreformer zu sein. Die Zeiten sind vorüber. Pachnicke ist der getreueste Bülowpudel geworden und soll sogar gedroht haben, sich ganz an Wiemers volksparteilichen Busen zu werfen, falls die freisinnige Vereinigung nicht ständig nach der Pfeife des Rattenfängers in der Wilhelmstraße tanzen wolle. Herr Pachnicke — nebenbei mit sozialdemokratischer Stichwahlhilfe gewählt — erklärte sich gegen unsern Antrag, weil er die Marineverwaltung unter das Joch der Sozialdemokratie beuge!!! Genosse Hué leuchtete dem Parchimer Manteldreher gründlich heim. Die Debatte hätte darauf ein Ende genommen, wenn nicht Herrn Mugdan der Hafer gestochen hätte. Wenn ein alter Droschkengaul, der früher bei der Kavallerie gestanden hat, Trompetenstöße hört, dann wird er wild, und wenn so etwas wie eine Sozialistendebatte im Gange ist, dann siedet Herrn Mugdans Makabäerblut. Mit blinder Wut stürzte sich der Blockerkorene von Görlitz auf unsern Antrag und bewies dabei eine so horrende Unkenntnis der allerelementarsten Gewerkschaftsfrage, daß selbst Herr Giesberts vom Zentrum in einem Zwischenrufe als „Fersch" zu ihm sprach. Die namentliche Abstimmung über unsern Antrag ergab die Ablehnung, weil die Freisinnigen Arbeiterverrat übten und dagegen stimmten.

„Eine ländliche Kampforganisation — eine Unmoralität". Diese Aeußerung ist selbstverständlich dem Gehirn eines preußischen Junkers entsprossen. Die Landwirtschaftskammer für Westfalen faßte eine Resolution gegen die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf ländliche Arbeiter. Freiherr v. Ledebour vertrat in der Begründung dieser Resolution die Ansicht, daß das Koalitionsrecht nichts weiter sei als ein Streikrecht, und daß eine Kampfesorganisation zur Betätigung des Koalitionsrechts als eine Unmoralität zu betrachten sei. Denen, die behaupteten, daß das Koalitionsrecht ein

Menschenrecht sei, sage er, daß keinem das Streikrecht zustehe. Der Junkersmann hatte die Stirn, die faustdicke Unwahrheit zu verbreiten, daß die ländlichen Arbeitgeber „ihre" Arbeiter in jeder Beziehung zufrieden stellten, da ja „die Interessen beider Teile zusammengingen". Bezeichnenderweise wagte sich der Zentrumsabgeordnete Herold nur schüchtern mit der Empfehlung eines bedingten Koalitionsrechts der ländlichen Arbeiter heraus.

Ein objektiver Richter. Das Gewerkschaftskartell in Schmölln hat an den dortigen Amtsrichter Schuster folgendes „Offenes Schreiben" gerichtet: „Nach einer von einer ganzen Reihe absolut einwandfreier Ohrenzeugen uns gemachten Mitteilung haben Sie, Herr Amtsrichter, in der Schöffengerichtsverhandlung vom 21. Januar gelegentlich einer Berufungssache bei der Urteilsbegründung gesagt: „Es ist dem Gericht längst bekannt, daß zwischen den organisierten Arbeitern und den nichtorganisierten Arbeitern ein heftiger Streit besteht. Es kommt einem organisierten Arbeiter selbst auf einen Meineid nicht an." Das unterzeichnete Gewerkschaftskartell, als die berufene Vertretung der hiesigen organisierten Arbeiterschaft, weist diese Aeußerung als eine Beleidigung, wie sie schwerer und verletzender nicht erhoben werden kann, mit aller Entschiedenheit zurück. Diese Unterstellung setzt eine Niedrigkeit des sittlichen und moralischen Empfindens seitens der erdrückenden Mehrheit der hiesigen Arbeiterschaft voraus, gegen welche wir mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen. Wir bewundern zwar die kühle Sicherheit, mit welcher Sie diesen Grundsatz aufstellen. Aber wir müssen Ihnen, Herr Amtsrichter, jede Legitimation absprechen, in dieser abfälligen Weise über die organisierten Arbeiter zu urteilen, sintemalen wir Sie, Herr Schuster, trotz Ihrem Amte, nicht als unfehlbare Macht betrachten, welcher gestattet wäre, was anderen Sterblichen verboten ist. Daß ein solcher Ausspruch nicht geeignet ist, unser Vertrauen zu Ihrer Rechtsprechung sonderlich zu erhöhen, dürfte vielleicht Ihnen selbst einleuchten. Da es aber des Landes Brauch ist, Behauptungen nicht nur aufzustellen, sondern auch zu beweisen, so erwarten wir, daß Sie, Herr Amtsrichter, sich beeilen werden, diese Ihre Aeußerung in genügender Weise zu begründen." — Ob der Herr Amtsrichter antworten wird? —

Berichte.

Dahme. Am 28. Januar fand hier im Kaisergarten eine öffentliche Volksversammlung gegen die Tabaksteuer statt. Es waren ca. 400 Personen anwesend, darunter die meisten Fabrikanten. Nachdem der Obmann der Kommission, Kollege Herrmann, die Versammlung eröffnet hatte, verlas er ein Schreiben des Reichstagsabg. U. v. Oertzen. In demselben teilt derselbe mit, daß er der Ansicht sei, die Reichsdefizitwirtschaft müsse endlich aufhören, und zwar müssen die Mittel aus direkten und indirekten Steuern aufgebracht werden. Es würde sich dabei der Tabak nicht umgehen lassen. Der Raucher, nicht der Fabrikant oder Arbeiter, solle besteuert werden. Anschließend hieran spricht Kollege Herrmann seine Meinung dahin aus, daß der Brief die klare Zustimmung des Abgeordneten für eine Tabaksteuer zeigt und erteilt nun dem Referenten Kollegen M. Müller-Berlin das Wort. Redner gibt zuerst ein Bild über die Besteuerung des Tabaks und die dadurch fortwährende Beunruhigung der Industrie. Durch die Steuerpolitik der Regierung seien die Tabakarbeiter von den bestbezahlten zu den am schlechtentlohntesten Industriearbeitern herabgesunken. Die neue Steuervorlage sei geeignet, die Industrie zu vernichten, Tausende von Arbeitern brotlos zu machen. Er ruft deshalb den Arbeitern und sämtlichen Interessenten zu, sich zusammenzuschließen und laut Protest zu erheben. Reicher Beifall folgte diesen Worten. In der darauf folgenden Diskussion ergriff Zigarrenfabrikant R. Mündner das Wort. Er teilte im Namen seiner Kollegen mit, daß sie sich vollständig den Ausführungen anschließen und gemeinsam mit den Arbeitern gegen jede Tabaksteuer, sei es in dieser oder jener Form, kämpfen werden. Darauf wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Hamburg. Am 23. Januar fand hier eine öffentliche Zigarettenarbeiterversammlung statt. Gauleiter Hackelberg führte aus: Der Versuch, die Zigarettenarbeiter zu organisieren, sei schon des öfteren gemacht worden. Daß dieser Versuch nicht von Erfolg gekrönt gewesen sei, liege nicht an den Leitern der Organisation. Die Kollegen seien der Organisation nicht treu geblieben. Ende vorigen Jahres seien höchstens 12 von 350 Kollegen organisiert gewesen. Dies müsse jetzt anders werden. Nur die Organisation biete einen Rückhalt gegen die Ausbeutung und gebe Gelegenheit, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern. Unsre besten Lehrmeister seien die Kapitalisten. Trotzdem die Unternehmer im Besitze des Kapitals, und einzelne schon mächtig sind, organisieren sie sich noch. Dieses zeige, daß wir, die wir nur unsre Arbeitskraft besitzen, uns erst recht organisieren müssen. Der Deutsche Tabakarbeiterverband habe 32 000 Mitglieder und bilde schon eine ansehnliche Macht. Hier am Orte hätten im vergangenen Jahre auf eine ganze Anzahl Zigarrensorten Lohnerhöhungen stattgefunden, ohne zum letzten Mittel, dem Streik zu greifen. Im vorletzten Jahre sei der Erfolg noch größer gewesen. Das komme aber nur daher, weil die Zigarrenarbeiter gut organisiert sind. Für die unorganisierten Zigarettenarbeiter aber sei gar kein Vorteil erzielt worden, trotz der günstigen Konjunktur. Ja, es seien zum Teil noch Lohnabzüge gemacht worden. Nun könne man einwenden, daß die Zigarettenarbeiter noch einigermaßen verdienen, aber das bleibe doch nicht so. Das Zigarettenmachen sei leicht zu erlernen, und wenn erst eine genügende Anzahl von Arbeitern vorhanden sei, würden schon Lohnabzüge erfolgen. Ende vorigen Jahres habe er mit verschiedenen Zigarettenarbeitern Besprechungen gehabt. Dabei habe sich herausgestellt, daß verschiedene Mißstände in der Zigarettenindustrie bestehen, welche sich durch die Organisation leicht beseitigen lassen. So werden für ein und dieselbe Arbeit verschiedene Löhne bezahlt. Etwas Ungerechteres gäbe es einfach nicht, und müsse darauf hingewirkt werden, daß dieser Uebelstand verschwinde. Auch das Hülsenkleben im Hause nach Feierabend, sowie die Hausarbeit im großen und ganzen sei ein Uebelstand. Dadurch werde den Arbeitern die Möglichkeit genommen, ihren eignen Bedürfnissen Rechnung zu tragen und sich geistig zu beschäftigen und weiterzubilden. Ferner sei das System der Ausschußzigaretten zu verdammen. Auch werde auf verschiedenen Fabriken schlecht geheizt, gelüftet und gereinigt, so daß die Fabriken eher einem Stalle gleichen. Die Tabakbranche sei an und für sich schon eine gesundheitsschädliche Industrie und werde durch das schlechte Lüften und Reinigen nur noch gesundheitsschädlicher. Freiwillig würden die Fabrikanten diese Zustände nicht beseitigen. Ein Mittel dagegen seien die gesetzlichen Bestimmungen, ein andres die Organisation. Auch die Behandlung lasse zu wünschen übrig. Es seien Arbeiter beschimpft und sogar geschlagen worden. Dieses alles könne die Organisation beseitigen. In Berlin seien die Zigarettenarbeiter organisiert, und trotz der ungünstigen Verhältnisse im Jahre 1905, verursacht durch die Banderolesteuer, sei es denselben gelungen, noch Lohnerhöhungen durchzusetzen. Es sei darum eine Notwendigkeit für die hiesigen Zigarettenarbeiter, sich zu organisieren, wenn sie zu besseren Verhältnissen kommen wollen. Tun sie dieses nicht, dann haben sie es sich selber zuzuschreiben, wenn ihre Löhne heruntergedrückt und ihre Verhältnisse verschlechtert werden. Zudem haben wir nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch noch gegen die Steuerpläne der Regierung zu kämpfen. Auch aus diesem Grunde müßten sich die Zigarettenarbeiter organisieren, um auch diese Schädigung abwehren zu können. Redner betrachtet es als eine Pflicht der Anwesenden, daß sie sich im Tabakarbeiterverband aufnehmen lassen, sowohl in ihrem Interesse wie im Interesse ihrer Angehörigen und der gesamten Arbeiterschaft. Osterfag legte den Anwesenden auseinander, was der Deutsche Tabakarbeiterverband seinen Mitgliedern für Rechte bietet und welche Pflichten dieselben dem Verbande gegenüber haben. Da es auch Kollegen und Gegner gebe, welche sagen, der Verband habe keinen Zweck, derselbe leiste nichts und die Mitglieder kommen nicht zu ihrem Rechte, bemerke er, daß die Beiträge, die geleistet werden, außer durch die vom Verband erzielten Lohnerhöhungen doppelt und dreifach wieder ausgeglichen würden. Redner sowohl wie auch der Kollege Kühne fordern ebenfalls auf, sich der Organisation anzuschließen. Letzterer bemerkt noch, die Kollegen möchten sich einig sein und nicht sich gegenseitig verklatschen. Er führt dann noch aus, wie es den Kollegen in Berlin, Hannover, Frankfurt a. M. und in andern Orten gelungen sei, durch die Organisation etwas für sich zu erreichen. Nachdem sich dann eine Anzahl Kollegen in den Verband hatten aufnehmen lassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Hunnebrock. Am 16. Februar, nachmittags 2½ Uhr, findet an bekannter Stelle eine Mitgliederbesprechung statt. Es gilt, unsre örtlichen Verhältnisse zu regeln und mit Rat und Tat zusammenzustehen, damit wir uns klar darüber werden, wie wir am besten unsre Lage verbessern. Jetzt, im Winter, sind neue Mitglieder zu werben, denn gerade die Tabakarbeiter sind die schlechtest bezahlten. Der Besuch der Mitgliederbesprechungen läßt hier am Orte sehr viel zu wünschen übrig, besonders sind es die Kolleginnen, die sich gar nicht sehen lassen. Fühlen sich die Mitglieder so wohl, daß sie es nicht mehr für nötig finden, unsre Versammlungen zu besuchen? Wissen sie nichts von der Gefahr der neuen Steuern, welche uns bedroht? Haben sie vergessen, wie schwer unsre Kolleginnen und Kollegen in der Zigarettenindustrie unter der ihnen auferlegten Steuer gelitten haben und noch leiden? All das könnt ihr nicht vergessen haben. Darum hinein in die Mitgliederbesprechungen, helft mit raten und taten. Nehmt euch ein Beispiel an den Unternehmern, die durch Stärkung ihrer Organisation der Verbesserung unsrer Lage entgegenzuarbeiten suchen. Helft unsre Organisation stärken, erst dann können wir allen Gefahren ruhig ins Auge sehen. Kolleginnen und Kollegen, in der vorigen Mitgliederbesprechung haben wir durch unsern 1. Bevollmächtigten ein treffendes Beispiel gehört, was eine starke Organisation vermag. Da ist der glänzende Sieg der organisierten Kollegen der Firma Wichelmann u. Stolte, die sich durch einmütiges und vernünftiges Vorgehen 50 Pfg. Lohnerhöhung, Abschaffung der Kalfaktorarbeiten und die achttägige Lohnzahlung erkämpft haben. Das Gegenstück ist der Lohnkampf der Arbeiter der Firma Teschmacher u. Co., Hunnebrock, wo die Arbeiter meist nicht organisiert waren. Aber die Ortsverwaltung wird es hier nicht fehlen lassen, den Kollegen mit tatkräftiger Unterstützung beizustehen. Viel Arbeit und viel Geld hätte gespart werden können, wenn die Arbeiter genannter Firma der Organisation alle angehört hätten. Viele von unsern Kollegen lesen noch die bürgerlichen Blätter, welche jederzeit die Interessen der Arbeiterschaft verraten und mit Füßen treten. In keinem Arbeiterhause sollte man eine derartige Zeitung antreffen. Abonniert die Bielefelder Volkswacht, die einzige Zeitung, die den Arbeitern im Kampfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung zur Seite steht und jederzeit für die Unterdrückten eintritt.

Leisnig. Am 12. Januar war der Abgeordnete des 10. Kreises, Direktor Everling-Halle, hier anwesend. Diese Gelegenheit benutzend, übermittelten ihm die Kollegen Lopka und Knöschke die Einladung zu unsrer Versammlung. Er lehnte aber ab und erklärte: „Ich bin ein Gegner der Banderole, soweit sie mir jetzt bekannt ist. Wenn aber der Entwurf in meinen Händen ist, werde ich in einer vielleicht in Döbeln abzuhaltenden Konferenz die Fabrikanten und Tabakarbeiter resp. Vertreter derselben zusammenrufen, um ihre Meinung zu hören." Die Kollegen erwiderten, daß sie davon nicht befriedigt seien. Eine Durchberatung des Entwurfs könnten sie, also die Tabakarbeiter, nicht mitmachen, da sie jeder Mehrbelastung feindlich gegenüberständen. Die Konferenz zu beschicken, seien sie nicht abgeneigt. Allen Zahlstellen wird dies hiermit, wie schon brieflich, nochmals zur Kenntnis gebracht.

Leisnig. Unsre Protestversammlung fand am 19. Januar statt. Referent war Kollege Raute-Eilenburg. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat wurde die Erklärung des Abg. Direktor Everling-Halle bekanntgegeben. Diese Erklärung wurde als nichtssagend bezeichnet, da sie Herrn Everling zu nichts verpflichte. Die einstimmig angenommene Resolution spricht sich scharf gegen die Banderolesteuer, sowie gegen jede Mehrbelastung des Tabaks aus, ferner wird darin ausgedrückt, daß der Abgeordnete Everling, dem auch diese Resolution zugeschickt worden ist, gegen jede Mehrbelastung stimmen soll.

Ottensen. Versammlung am 20. Januar im Lokale des Herrn W. Lassen. Zunächst gab Henke den Vorstandsbericht. Hiernach sind im vierten Quartal 46 Mitglieder aufgenommen, ausgetreten 15 und gestrichen wurden 14 Mitglieder. Die gesamte Mitgliederzahl beträgt am Schlusse des vierten Quartals 912, so daß ein Zuwachs von 12 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Krankenunterstützung wurde an 72 Mitglieder gezahlt. Die Ausgabe hierfür betrug 2020.25 Mk. Im verflossenen Jahre wurden insgesamt 7856 Mk. an Krankengeld ausbezahlt. Arbeitslosenunterstützung erhielten vier Mitglieder, und zwar zusammen 9.60 Mark. Wöchnerinnenunterstützung wurde in 2 Fällen, 22.40 Mk., und Sterbeunterstützung in 3 Fällen, 155 Mk., bezahlt. Beim Arbeitsnachweis gingen im Laufe des Quartals 467 Arbeitergesuche ein. Vermittelt wurden 264 Hilfsarbeiter, 2 Hausarbeiter, 75 Zurichterinnen, 4 Zigarillosarbeiterinnen. 122 Stellen blieben unbesetzt. Von den Arbeitsuchenden waren 49 unorganisiert. Auf Anregung des Hamburger Gewerkschaftskartells wurde eine Umfrage gehalten über die Zugehörigkeit zur Parteiorganisation und das Lesen der Parteipresse. Ausgegeben wurden 900 Fragebogen, wovon 652 beantwortet wurden. Hiernach sind 375 Mitglieder politisch organisiert und 419 Leser des Hamb. Echo; 12 lesen andre Parteiblätter. Hierzu bemerkt Henke: was die Zugehörigkeit zur Parteiorganisation anbelangt, so könnte das Resultat ein besseres sein. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß es in unsrer Zahlstelle Hunderte Mitglieder gäbe, die Ausländer sind und leider sich deshalb keiner politischen Organisation anschließen dürfen, so stehe doch unzweifelhaft fest, daß es noch viele gibt, die in dieser Beziehung ihre Pflicht nicht erfüllen. Bezüglich der Parteipresse sei in Betracht zu ziehen, daß es viele Familien gebe, wo mehrere Personen unserm Verbande angehören. Auch müsse hier wieder die verhältnismäßig große Zahl der ausländischen Kollegen in Betracht gezogen werden. Den Kassenbericht gibt Struyken. Die Einnahme betrug im vierten Quartal 7506.70 Mk., die Ausgabe 7753.61 Mk., so daß die Zahlstelle beim Vorstand ein Guthaben von 246.91 Mk. hat. 4550 Mk. wurden an den Vorstand abgesandt. Die Lokalkasse hatte inkl. des Kassenbestandes von 3602.11 Mk. eine Einnahme von 6448.60 Mk. und eine Ausgabe von 2764.28 Mk., so daß ein Kassenbestand von 3684.32 Mk. verbleibt. Da Einwendungen nicht gemacht wurden, erhielt der Vorstand einstimmig Decharge. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure wurden Henke als erster, Struyken als zweiter und Repp als dritter Bevollmächtigter gewählt. Als Kontrolleure wurden W. Schröder, P. Zimmer und A. Pechmöller wiedergewählt. Sodann gibt Hackelberg den in voriger Versammlung zurückgestellten Bericht über die Delegiertenversammlung des Hamburger Gewerkschaftskartells, in der Genosse Schippel über: Die herannahende Krise einen Vortrag gehalten. Redner rekapituliert in gedrängter Form das von Sch. gehaltene Referat und resümiert sich am Schluß seiner Ausführungen dahingehend, daß es Schippel nicht gelungen sei, das, was Marx und Engels bezüglich der Krisen im Kommunistischen Manifest niedergelegt, zu entkräften. Wenn auch nicht alle Voraussetzungen von Marx und Engels bis auf das Tüpfelchen über dem i zugetroffen, so stehen die Grundthesen ihrer Krisentheorie noch unerschüttert fest. Diese Auffassung sei bei ihm gerade durch das Schippelsche Referat neu bestärkt worden. Jedoch in dem, worin die Schippelsche Rede ausklang, sind wir einer Meinung mit ihm, nämlich darin, daß die Arbeiter alle Ursache haben, ihre Organisationen zu stärken, damit sie in der Lage sind, die Folgen einer eventuellen Krise leichter überwinden zu können. Im Anschluß hieran gibt Baxmeier den Bericht von der letzten Kartellsitzung, in welcher Genosse v. Elm über: Das Vorgehen der Markenartikel-Fabrikanten gegen die Großeinkaufsgesellschaft referierte. Die Fabrikanten hätten versucht, die Großeinkaufsgesellschaft zur Unterschreibung eines Reverses zu zwingen, wonach den Konsumvereinen der Detailpreis vorgeschrieben werden soll. Die Konsumvereine sollten hierdurch gezwungen werden, die Waren an ihre Mitglieder teuerer zu verkaufen, als diese von den Krämern an ihre Kunden abgegeben werden. Der Zweck, den die Fabrikanten verfolgten, sei der, die Konsumvereine zu diskreditieren, damit diese in ihrer Entwicklung gehemmt und somit nicht in die Lage kämen, den Preistreibereien, wie sie gerade von den Markenartikel-Fabrikanten beliebt würden, entgegenzutreten. Pflicht der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter sei es, die Konsumvereine in ihrem Kampfe zu unterstützen. Jetzt sei es doppelte Pflicht, sich den Konsumvereinen anzuschließen. Auch läge dieses im eigenen Interesse der Arbeiter, denn sie hätten ja als Konsumenten erhebliche Vorteile davon. Ferner könne, wenn überall in den Konsumvereinen solche Einrichtungen getroffen würden wie bei der Produktion, durch allmähliche Ansammlung eines Notfonds die Arbeiterschaft sich in den Konsumvereinen im Falle größerer Streiks oder Aussperrungen eine Rückenstärkung schaffen. Auf alle Fälle müsse das Vorgehen der Markenartikel-Fabrikanten zur einer Ausbreitung der Konsumvereine führen. Bei der folgenden Diskussion führt Repp aus, daß es um so leichter sei, die Konsumvereine in ihrem Kampfe zu unterstützen, da die Markenartikel keineswegs besser seien, als die im Handel befindlichen Artikel gleicher Art. Diese Fabrikanten hätten eine gewisse Marke oder ein Warenzeichen eintragen lassen, was jeder, selbst wenn er den größten Schund fabriziere, auch machen könne. Gerade wir Tabakarbeiter seien ja durch eine auf der letzten Generalversammlung beschlossene Resolution moralisch verpflichtet worden, uns den Konsumvereinen anzuschließen. Unser Bestreben geht dahin, den organisierten Konsum zu einem gewerkschaftlichen Kampfmittel zu machen. Wir müssen dafür sorgen, daß in den Konsumvereinen nur Waren konsumiert werden, für die die von der Gewerkschaft festgesetzten Löhne gezahlt werden. Heute herrsche auf diesem Gebiet eine wahre Anarchie. Während die Gewerkschaften sich bei ihren Kämpfen gegenseitig unterstützen, geht man als Konsument hin und kauft Waren, die vielleicht bei Hungerlöhnen oder gar von Streikbrechern hergestellt sind. Das ist ein Widersinn und dieser muß ausgemerzt werden, indem wir dahin streben, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, auch die ledigen, sich den Konsumvereinen anschließen. Daß die Leiter vieler Konsumvereine sich um die gewerkschaftliche Seite dieser Frage nicht kümmern, ist bekannt, doch nach welchen Grundsätzen die Konsumvereine geleitet werden sollen, darüber haben doch nur die Mitglieder zu entscheiden. Wollen wir aber diese Idee verwirklichen, so müssen wir vor allem dahin streben, daß die Dividendenjägerei aus den Konsumvereinen verschwindet. Der Hauptgrund ist und soll sein, uns aus dem organisierten Konsum ein Kampfmittel zu schmieden. Unbestreitbar sei ja, daß heute in dem Konsumvereinswesen es noch vieles zu reformieren gibt. Ich weiß, daß seit der Düsseldorfer Tagung der Konsumvereine viel Mißstimmigkeiten aufgetreten sind. So ist sehr viel darauf hingewiesen worden, daß bei der Großeinkaufsgesellschaft, die doch eben auf dem organisierten Konsum beruhe, Gehälter von 10—12 000 Mk. gezahlt werden; doch ich stehe auf dem Standpunkt, daß derartiges keinen Menschen, der Grundsätze hat, zurückhalten darf. Im Gegenteil, je mehr sich die Gewerkschaften den Konsumvereinen zuwenden, desto eher werden die Mißstände verschwinden. Nachdem noch im weiteren Verlauf der Debatte Baxmeier, Henke und Schulz, die beiden letzteren auch in zustimmendem Sinne, gesprochen, wurde dieser Punkt für erledigt erklärt. Unter Verschiedenes wünscht Grosse, daß die Kartelldelegierten dafür eintreten möchten, daß bei der nächsten Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse die Gewerkschaften sich auch beteiligen. Schröder macht sodann bekannt, daß unser diesjähriges Wintervergnügen am 15. Februar im Salon Karlsruhe stattfindet. Nachdem noch Baxmeier und Hackelberg auf den schlechten Besuch der Versammlung hingewiesen und aufgefordert haben, die Kollegen möchten auf den Arbeitsplätzen dafür sorgen, daß diese künftig besser besucht würden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Trebbin. Am 2. Februar fand hier im Gesellschaftshaus eine von 350 Personen besuchte öffentliche Tabakarbeiter- und Interessentenversammlung statt, um gegen die von der Reichsregierung geplante Banderolesteuer auf Zigarren zu protestieren. Das Referat hatte an Stelle des erkrankten Reichstagsabgeordneten Zubeil der Kollege W. Börner-Berlin übernommen. Redner geißelte in seinem 1½stündigen Vortrage das Verhalten der Reichsregierung gegenüber der Tabakindustrie und führte an, wie der Tabak schon immer bluten mußte. Redner forderte zum Schlusse alle auf, gegen die jetzt geplante Steuer energisch Front zu machen. Zu den weiteren Arbeiten wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Berner, Winter, Koch, Trebus, Haufe, Pannid und Koppe. Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Zwickau. Am 13. Januar fand im Saale des Belvedere eine Protestversammlung gegen die geplante Banderolesteuer für Zigarren statt. Das Referat hatte Gauleiter Lehmann-Frankenberg übernommen. Einleitend schilderte Redner die Anfänge der Tabaksteuer und übte schärfste Kritik an der gegenwärtigen Steuerpolitik der Regierung, die Tausende von Arbeitern durch die Mehrbelastung des Tabaks dem Ruin entgegentreibe. Die Versammlung folgte mit Spannung den Ausführungen des Referenten und gab ihrem Unwillen durch einstimmige Annahme einer diesbezüglichen Resolution Ausdruck.

I. Quittung

über eingegangene Gelder zur Bekämpfung aller Tabaksteuervorlagen.

Am	8. Januar.	Geldern, 1. Rate	15.50	Mk.
„	14. „	Elten, 1. Rate	13.—	„
„	18. „	Orsoy, 1. Rate	12.—	„
„	1. Februar.	Emmerich, 1. Rate	46.—	„
„	1. „	Köln, 1. Rate	25.—	„
		Summa:	111.50	Mk.

Weiteren Beiträgen sieht entgegen

J. A.: Ludwig Klein, Köln, Heinrichstr. 10.

Briefkasten.

H., Sandhausen. Durch Beschluß der Generalversammlung in Bielefeld ist die Bekanntgabe Neuaufgenommener unterlassen.

Quittung.

Zur Bekämpfung der Vanderolesteuer gingen ein:

Hannover, W. Fassoth . . . . . 80 Mk.

Gleichzeitig ersuche ich, sämtliche auf die vom Bezirksleiter versandten Listen gesammelten Gelder sofort einzusenden.

Braunschweig, den 30. 1. 08. Emil Burgold.

Vereinsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilken, Altona-Ottensen, Scheel-Plessenstraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Das Mitglied **Franz Berg** aus **Zunsweier**, Buch S. I, 60751, ist von Friesenheim abgereist, ohne sich abgemeldet zu haben. Derselbe muß daher 1.— Mk. Strafe zahlen.

Wir ersuchen um sofortige Einsendung der auf den Namen **Hermann Apitzsch** aus **Verden**, geb. 10. 4. 81, Buch S. I, 73042, Kl. III, in Altona ausgestellte Wanderkarte.

Das Mitglied **Max Royß** aus **Rawitsch**, eingetr. am 21. 8. 92, hat sein Buch verloren.

Das Mitglied **Elisabeth Beyer** aus **Zankeroda**, Buch S. I, 26588, eingetr. am 24. 10. 04, hat ihr Buch verloren. (143) Im Vorzeigungsfalle bitten wir diese Bücher zu konfiszieren und uns einzusenden.

Dem Mitglied **Franz Jedraszyck** aus **Burg**, S. I, 1716, eingetr. am 5. 7. 90, darf keine Wanderkarte ausgestellt werden.

An die Bevollmächtigten!

Wiederholt ist es vorgekommen, daß Bevollmächtigte Wanderkarten ausstellen, ohne das betreffende Mitgliedsbuch zurückzubehalten und uns einzusenden. Auch vergessen sie bei Ausstellung der Wanderkarte Serie und Buchnummer und Beitragsklasse auf die Wanderkarte einzutragen. Wir machen deshalb noch einmal darauf aufmerksam, daß bei Ausstellung der Wanderkarte Serie, Buchnummer und Beitragsklasse auf die Wanderkarte zu vermerken und das Mitgliedsbuch sofort dem Vorstande einzusandt werden muß.

Bevollmächtigte, die für die Folge in vorstehendem Sinne nicht handeln, werden publiziert werden.

Bremen. **Der Vorstand.**

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Apolda:** Heinr. Rollberg als 1. Bev., Martin Köpping als 2. Bev., Karl Frings als 3. Bev.; Georg Hinz, Christian Busche, Paul Dikain als Kontrolleure.

Für **Barmbeck:** Gottfr. Behrmann als 1. Bev., Wilh. Campart als 2. Bev., Oswin Kittel als 3. Bev.; Paul Otto, Fritz Berrer, Wilh. Saffan als Kontrolleure.

Für **Bernburg:** Friedrich Stobel als 1. Bev., Gottl. Hache als 2. Bev., Karl Bernak als 3. Bev.; Frida Eckert, Karl Becker, Karl Jarosch als Kontrolleure.

Für **Besenkamp:** Heinr. Weßler als 1. Bev., Herm. Hölscher als 2. Bev., Karl Aßbrok als 3. Bev.; Heinr. Bohlmann, Aug. Busing, Herm. Haubrock als Kontrolleure.

Für **Bischofswerda:** Herm. Biebsch als 1. Bev., Max Knoblich als 2. Bev., Paul Hustig als 3. Bev.; Franz Hormes, Gustav Gampig als Kontrolleure.

Für **Bochum:** Heinr. Fönders als 1. Bev., Heinr. Tormeier als 2. Bev., Jul. Schaub als 3. Bev.; Ernst Besthorn, Alw. Stange, Rich. Sauer als Kontrolleure.

Für **Brieg:** Christ. Storck als 1. Bev., Karl Patzner als 2. Bev., Wilh. Schneider als 3. Bev.; Alb. Schilk, Gottfried Pfeiffer als Kontrolleure.

Für **Bünde:** Gottl. Klüter als 1. Bev., Wilh. Vogtländer als 2. Bev., Heinr. Kaspehlen als 3. Bev.; H. Meyer, Karl Wippermann, H. Bucht als Kontrolleure.

Für **Colleda:** Herm. Lüdecke als 1. Bev., Herm. Schenk als 2. Bev.; Richard und Hermann Klube als Kontrolleure.

Für **Delitzsch:** H. Ehrhorn als 1. Bev., W. Schuster als 2. Bev., G. Kennert als 3. Bev.; W. Rabe, H. Bergmann, Frau Werther als Kontrolleure.

Für **Dessau:** Heinr. Henning als 1. Bev., Karl Lingner als 2. Bev., Friedr. Richter als 3. Bev.; Friedr. Richter, Wilh. Rudloff als Kontrolleure.

Für **Driesen:** Ernst Buchholz als 1. Bev., Fritz Konradt als 2. Bev., Herm. Hartwig als 3. Bev.; Wilh. Zeh, Frau Luise Raaz als Kontrolleure.

Für **Edingen:** Franz Bauer als 1. Bev., Wenz Jung als 2. Bev., Michael Elishans als 3. Bev.; Peter Jung, Fritz Hirn, Emil Stahl als Kontrolleure.

Für **Eilenburg:** Bruno Gans als 1. Bev., Karl Eichnes als 2. Bev., Franz Pinkau als 3. Bev.; Heinr. Zschauer, Hermann Apitz, Reinhold Wizzerock als Kontrolleure.

Für **Erleben:** Alfred Schietzel als 1. Bev., Gustav Knippel als 2. Bev., Max Rooke als 3. Bev.; Wilh. Zöllner, Artur Gro, Herm. Beust als Kontrolleure.

Für **Frankenberg** i. Sa.: Gust. Lehmann als 1. Bev., Max Köhler als 2. Bev., Bernh. Weber als 3. Bev.; Frau Kaden, Joh. Finke, Rich. Fischer als Kontrolleure.

Für **Frohburg** i. Sa.: E. Steinhardt als Vertrauensmann.

Für **Larstenwalde:** Aug. Grünherz als 1. Bev., Wilh. Nowack als 2. Bev., Karl Richter als 3. Bev.; Karl Bierwirth, Adolf Staffelt, Gust. Burlhart als Kontrolleure.

Für **Lutzgönnheim:** Valentin Rithaler als 1. Bev., Joh. Marx als 2. Bev., Ludw. Morgenthaler als 3. Bev.; Jakob Mummert, Heinrich Besch, Eugen Humm als Kontrolleure.

Für **Gandersheim:** Aug. Timpner als 1. Bev., H. Steinhof als 2. Bev., Karl Fröhling als 3. Bev.; Fr. Müller, Aug. Jürries, H. Voß als Kontrolleure.

Für **Geldern:** Gerh. van de Loo als 1. Bev., Peter Pricken als 2. Bev., Karl Brockmann als 3. Bev.; Theod. Verwey, Jakob Leucker, Franz Legermann als Kontrolleure.

Für **Goldberg** i. Schl.: Karl Kurfürst als 1. Bev., Friedrich Felger als 2. Bev., Reinh. Ullrich als 3. Bev.; Aug. Stephan, Paul Stumpe, Alfred Wellingt als Kontrolleure.

Für **Halle a. S.:** Herm. Schnelle als 1. Bev., Paul Lorenz als 2. Bev., Rich. Krause als 3. Bev.; August Neupert, Ludwig Lowin, Paul Krause als Kontrolleure.

Für **Hartha:** Aug. Reimer als 1. Bev., Anna Böttcher als 2. Bev.; Fritz Reimer, Martha Ramisch, Marie Hammer als Kontrolleure.

Für **Helmstedt:** Ernst Völker als 1. Bev., Karl Bock als 3. Bev.; Hermann Block, Franz Vahldieck, Wilh. Dowenbeck als Kontrolleure.

Für **Heuchelheim:** Wilh. Hofmann als 1. Bev., Karl Reichel als 2. Bev., Katharina Sack als 3. Bev.; Adolf Schleebecker, Luise Hofmann, Kath. Hildebrandt als Kontrolleure.

Für **Hiddenhausen:** Heinr. Schröder als 1. Bev., Heinr. Blomeier als 2. Bev., Heinr. Schmittfranz als 3. Bev.; A. Ungemach, W. Luttmann, W. Schürmeyer als Kontrolleure.

Für **Hunnebrock:** Gust. Brinkmann als 1. Bev., Heinrich Börenkämper als 2. Bev., Fr. Brinkmann als 3. Bev.; Heinr. Möhlender, Herm. Hünecke, Herm. Meier als Kontrolleure.

Für **Johanngeorgenstadt:** Max Schneider als 1. Bev., Georg Damm als 2. Bev., Ernst Tautenhahn als 3. Bev.; Rich. Brändel, Rob. Wenzel, Karl Meinelt als Kontrolleure.

Für **Klein-Auheim:** Val. Jos. Henzinger als 1. Bev., Bernhard Simon als 2. Bev., Peter Adam als 3. Bev.; Karl Otto Jung, Eva Gunkel, Else Krämmig als Kontrolleure.

Für **König** i. Hessen: Joh. Georg Bohländer als 1. Bev., Adam Trautmann als 2. Bev.; Ph. Schanz als Kontrolleur.

Für **Kottbus:** L. Paasch als 1. Bev., H. Hübner als 2. Bev., M. Markisch als 3. Bev.; A. Lehmann, P. Pawlack, W. Vogel als Kontrolleure.

Für **Küstrin:** Paul Kiederley als 1. Bev., Robert Lepke als 2. Bev.

Für **Lemgo:** Aug. Schmuk als 1. Bev., Ernst Weinert als 2. Bev., Fritz Fritzemeier als 3. Bev.; Fritz Kölling, J. Bruckmann, Luise Münch als Kontrolleure.

Für **Löwensen-Thale:** Joh. Christ als 1. Bev., Friedr. Schliecker als 2. Bev., Karl Rühe als 3. Bev.; Friedr. Wesemann, Fritz Thielke, Fritz Kleine als Kontrolleure.

Für **Luxemburg:** Konrad Driemeyer als 1. Bev., Peter Burmer als 2. Bev., Nik. Thonnar als 3. Bev.; Joseph Bichel, Franz Fingen, Joh. Schmit als Kontrolleure.

Für **Mühlhausen** i. Th.: Heinr. Coring als 1. Bev., Otto Broesche als 2. Bev., Emil Herz als 3. Bev.; H. Barchmann, Fr. Steffens, A. Jagemann als Kontrolleure.

Für **Muskau:** Gust. Schröter als 1. Bev., Georg Pietsch als 2. Bev., Emil Schwabe als 3. Bev.; Paul Schurig, Max Löbe als Kontrolleure.

Für **Neuhaus a. E.:** W. Lübbert als 1. Bev., Karl Breuel als 2. Bev., Heinr. Wiechert als 3. Bev.; Wilh. Wiechert, Wilh. Busch, Otto Best als Kontrolleure.

Für **Neulußheim:** Friedr. Burkhardt als 1. Bev., Isaak Billtauer als 2. Bev., Jakob Büchner als 3. Bev.; Wilh. Schneider, Christoph Keppinger, Elias Burkhardt als Kontrolleure.

Für **Neumünster:** Gust. Hohnsleh als 1. Bev., Karl Jürs als 2. Bev., Karl Muß als 3. Bev.; Gust. Wendt, Wilh. Just, Th. Borchardt als Kontrolleure.

Für **Oranienbaum** i. Anh.: Fritz Bachmann als 1. Bev., Gust. Hempel als 2. Bev., H. Lehmann als 3. Bev.; L. Heinze, Friedr. Müller, Otto Lowäke als Kontrolleure.

Für **Ostritz:** Paul Ludwig als Vertrauensmann; Ernst Kallert, Paul Kreischmer als Kontrolleure.

Für **Rheda:** Heinr. Oberschelp als 1. Bev., Joseph Kremer als 2. Bev., Herm. Westermann als 3. Bev.; Otto Götz, Aug. Wurtz, Karl Scholthmann als Kontrolleure.

Für **Rheydt:** Jos. Deutzmann als 1. Bev., Franz Felgenträger als 2. Bev., Jos. Königs als 3. Bev.; Karl Hansen, Bertram Henseler, Adam Hummelsbein als Kontrolleure.

Für **Schiffbeck** Aug. Elvers als 1. Bev., Herm. Lüders als 2. Bev., Wilh. Krumm als 3. Bev.; Karl Heitmann, Hugo Kirstein, Ludwig Wilke als Kontrolleure.

Für **Schwedt a. O.:** Rob. Schmidt als 1. Bev., Gust. Rupp als 2. Bev., Gust. Kästorf als 3. Bev.; Max Schrader, Erich Gehrmann, Wilh. Bröse als Kontrolleure.

Für **Schweidnitz:** Adolf Priever als 1. Bev., Arth. Schmidt als 3. Bev.; Reinh. Mantel als Kontrolleur.

Für **Schwerin a. W.:** Karl Alber als 1. Bev., Leo Aleth als 2. Bev., Gustav Gutsche als 3. Bev.; Adolf Otto, Franz Sieling, Karl Schleusener als Kontrolleure.

Für **Segeberg** i. Holst.: Chr. Bock als 1. Bev., H. Studt als 2. Bev., A. Tietgen als 3. Bev.; F. Brumshagen, H. Schwardt, W. Oertel als Kontrolleure.

Für **Sorau:** Max Dittmar als 1. Bev., Max Schulz als 2. Bev., Emma Neumann als 3. Bev.; Herm. Leonhardt, Rich. Grätz, Karl Suchantke als Kontrolleure.

Für **Spandau:** Herm. Dreher als 1. Bev., Otto Krüger als 2. Bev., Paul Dörner als 3. Bev.; Albert Schmiedt, Wilh. Kannegießer, Erich Perschke als Kontrolleure.

Für **Tangermünde:** Otto Molkenthien als 1. Bev., Karl Eggert als 2. Bev., Otto Sander als 3. Bev.; Herm. Kracht, Fritz Seiler, Ernst Matzow als Kontrolleure.

Für **Verden a. A.:** Friedr. Guntherotth als 1. Bev., Heinr. Huntemann als 2. Bev., Gust. Wolff als 3. Bev.; Friedr. Hatzlay, Karl Matzon, Karl Fischer als Kontrolleure.

Für **Wadheim:** E. Rich. Rasch als 1. Bev., Aug. Felgener als 2. Bev., Gust. Kehr als 3. Bev.; Bruno Gautzsch, Frau Alma Pötcher, Frau Emma Möbius als Kontrolleure.

Für **Wandsbeck:** G. Giese als 1. Bev., E. Grand als 2. Bev., F. Lund als 3. Bev.; H. Weiß, H. Kunze, P. Schohknecht als Kontrolleure.

Für **Wernigerode a. H.:** F. Salzwedel als 1. Bev., H. Persike als 2. Bev., H. Brüning als 3. Bev.; G. Gläß, H. Hofmeister, H. Becker als Kontrolleure.

Für **Wusterhausen:** Herm. Henning als 1. Bev., Rich. Schulz als 2. Bev., Herm Hellmig als 3. Bev.; Ernst Dahlenburg, Wilh. Steimel, Ferd. Wilke als Kontrolleure.

Vom 28. Januar bis 3. Februar 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

	ℳ ₰		ℳ ₰
5. Januar. Döbeln, d. O. Wenzel-Halle	40.—	29. Januar. Rohrbach	50.—
27. Koburg	47.80	29. Helmstedt	98.90
27. Hesserode a. H.	180.—	29. Tangermünde	200.—
27. Lippstadt	13.—	29. Bielefeld	100.—
27. Hamburg	400.—	29. Cöthen	33.92
27. Varel i. O.	42.20	29. Herringhausen	64.06
27. Spradow	100.—	29. Neulußheim	16.80
27. Erxleben	80.—	29. Friesenheim	100.—
27. Münden i. Hann.	268.40	29. Böckingen bei Heilbronn	77.80
27. Ottensen	800.—	29. Pasewalk	80.—
27. Reiskirchen	63.47	29. Muskau	71.10
27. Breslau	600.—	29. Liegnitz	80.—
27. Hoffenheim	13.—	30. Plotho	700.—
28. Hohenhausen	83.87	30. Mittweida	150.—
28. Merseburg	100.—	30. Gohlis	60.—
28. Striegau	522.13	30. Leipzig	400.—
28. Fassoth	400.—	31. Herford	250.—
28. Bremen, R. Karmaschek	1.—	31. Cönnern	80.—
28. Rheydt, durch L. Klein-Köln	113.79	31. Priebus	20.30
28. Luxemburg, durch L. Klein-Köln	30.—	1. Februar. Itzehoe	170.—
28. Emmerich, durch L. Klein-Köln	73.29	1. Brieg i. Schl.	51.60
28. Bremen, J. Segelken	10.45	1. Finsterwalde	678.—
29. Königs-Wusterhausen	35.—	1. Nordhausen	500.—
28. Schmölln	200.—	1. Frankfurt a. O.	200.—
28. Weida	90.40	1. Brandenburg	100.—
28. Pölzig	286.20	1. Söllingen	21.35
28. Jastrow	500.—	2. Torgau	60.60
28. Danzig	70.—	2. Salzungen	146.50
28. Lorsch	103.41	2. Orsoy a. Rh.	100.—
29. Oerlinghausen	176.46	2. Sorau	80.—
		2. Elsterwerda	21.50
		2. Salze	600.—
		2. Gandersheim	100.—
		2. Melle	45.00

B. Freiwillige Beiträge:

28. Januar. Hamburg, H. Löwe, Genossenschaftsfabrik	50.—
28. Nordhausen, A. Pabst	41.85

C. Für Annoncen:

23. Januar. Zwintschöna, H. Schnelle (Nr. 32)	—.50

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 3. Februar 1908.

W. Nieder-Welland, Kassierer,
Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Adressen-Aenderungen:

Für **Duisburg** (6): Der 2. Bev. Heinrich Riegel wohnt jetzt Friedrich-Wilhelm-Straße 76.

Für **Geldern:** Der 1. Bev. Gerh. v. d. Loo wohnt jetzt Großer Markt 44. — Der 2. Bev. Peter Pricken wohnt jetzt Ostwall 20.

Für **Goldberg** i. Schl. (14): Der 1. Bev. Karl Kurfürst wohnt jetzt Ober-Markt 198. — Der 2. Bev. Friedrich Felger wohnt jetzt Reiflerstraße 138.

Für **Hartha** (13): Der 1. Bev. August Reimer wohnt jetzt Friedrichstraße. — Die 2. Bev. Anna Böttcher wohnt jetzt Weststraße 9.

Für **Muskau** (14): Der 1. Bev. Gust. Schröter wohnt jetzt Mittelstraße 279, II. — Der 2. Bev. Georg Pietsch wohnt jetzt Forster Weg 254c, II.

Für **Rheydt** (6): Der 1. Bev. Jos. Deutzmann wohnt jetzt Oberstraße 20. — Der 2. Bev. Franz Felgenträger wohnt jetzt Gladbacher Straße 92.

Für **Schorndorf** (10): Der 2. Bev. Fr. Schurz wohnt jetzt Hauptstraße 16.

Für **Segeberg** i. Holst. (1): Chr. Bock wohnt jetzt Kirchstraße 42.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Barmbeck:** Durch Wilh. Compart, Heinrich-Herr-Straße 106, I.

In **Delitzsch:** Im Lindenhof, Grüne Straße.

In **Helmstedt:** Durch den 1. Bev. Ernst Völker im Lindenhof-Holzberg. An Wochentagen von 6½ bis 7½ Uhr abends.

In **Rheda:** Durch Joseph Kremer, Lange Straße 166.

In **Schiffbeck:** Durch H. Lüders, Billwärder a. Bille, Nr. 77, H. IV. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends.

In **Schwedt a. O.:** Durch Gust. Rupp, Brüderstraße 7.

In **Segeberg** i. Holst.: Durch H. Studt, Kirchstraße 42. Die Auszahlung erfolgt nur an Mitglieder am Orte und an Mitglieder, die hier in Arbeit treten.

In **Sorau:** Durch Max Schulz, in der Herberge zur Heimat. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends.

In **Spandau:** Durch Otto Krüger, Kurze Straße 10.

In **Tangermünde:** Durch Otto Molkenthien, Am Tanger 13.

In **Wandsbeck:** Durch F. Lund, Lange Reihe 59, 1.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Delitzsch:** Durch W. Schuster, Feldstraße 5.

In **Duisburg:** Durch H. Riegel, Friedrich-Wilhelm-Straße 76.

In **Rheda:** Durch Joseph Kremer, Lange Straße 166.

In **Schiffbeck:** Durch H. Lüders, Billwärder a. Bille, Nr. 77, H. IV.

In **Schwedt a. O.:** Durch Gust. Rupp, Brüderstraße 7.

In **Wandsbeck:** Durch F. Lund, Lange Reihe 59, 1.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Euere Versammlungen zahlreich!)

In **Herford:** Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Ag. Seeger, Neuer Markt. Tagesordnung: 1. Vorlesung der Statuten. 2. Diskussion derselben. 3. Kartellbericht 4. Verschiedenes. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Neudamm:** Sonntag, den 9. Februar, an bekannter Stelle. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Peterswaldau:** Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Hotel Glogerei, Ober-Peterswaldau. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Bekanntgabe des Geschäftsberichts von 1907. 4. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Deuben:** Montag, den 10. Februar, abends 8¾ Uhr, im Augustabad. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Neuwahl der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Leipzig:** Sonnabend, den 15. Februar, abends ½9 Uhr, im Volkshaus. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. J. A.: **Der Vertrauensmann.**

In **Chemnitz:** Montag, den 17. Februar, abends 8½ Uhr, bei August Machner, Restaurant Plauensche Bierhalle, Hainstraße 41. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Duisburg. An durchwandernde Mitglieder wird keine Arbeitslosenunterstützung mehr gezahlt.

Hohenhausen. An durchwandernde Mitglieder wird bis auf weiteres keine Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt.

Schiffbeck. Der Arbeitsnachweis befindet sich jetzt bei Wilh. Köppe, Mollnerlandstraße 26.

Schwedt a. O. Das Verkehrslokal ist bei Schreiber (Inhaber: Wilke), Kietzerstraße.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Uhlenhorst**, Mozartstraße 5, I.
Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: L. Dechand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Frankfurt 50.— Mk., Bergedorf 50.— Mk., Rohrbach 100.— Mk., Hanau 50.— Mk., Spremberg 25.— Mk.

Sterbekasse: Bergedorf 3.50 Mk., Frankfurt 15.— Mk., Oppeln 23.— Mk., Halbau 8.73 Mk., Biebrich 17.05 Mk., Delmenhorst 39.60 Mk., Rehme 4.50 Mk., Rohrbach 9.60 Mk., Bünde 4.50 Mk., Bautzen 24.84 Mk., Görlitz 58.75 Mk., Lübeck 9.55 Mk., Schönlanke 29.50 Mk., Munchen 25.— Mk.

Zuschüsse: Rheingönheim 50.— Mk., Hochdorf 50.— Mk., Oppeln 50.— Mk.

Krankengeld: 105.08 Mk.

Hamburg, den 3. Februar 1908. **P. Otto.**

J. H. Koopmann, Bremen.

Fernsprecher 3946. **Neustadtswall 36.** Fernsprecher 3946.

Von neuen Einkäufen empfehle als sehr preiswert:

Sumatra, Umblatt und Einlage, sehr leicht (Sandblatt) 105 Pfg.; reines Umblatt 140 Pfg. — **Sumatra-Decker,** hell, mittel und dunkel, 140, 150, 160, 170, 200, 230, 250 bis 500 Pfg. — **Vorstenland-Decker,** duffbraun, 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt, III. Länge Vollblatt, brennt als Decker schneeweiß, 130 Pfg. — **Java-Decker,** dunkel 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt 100, 120, 130 Pfg.; Umblatt und Einlage, sehr zartblattig, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, 95 und 100 Pfg.; Einlage 85 Pfg. — **Mexiko-Decker,** dunkel 220 Pfg., graubraun 300 Pfg. — **Brasil-Decker** 130, 160, 170 Pfg., brennt schneeweiß; Umblatt 110, 120 Pfg. — **Havanna** 150, 250 Pfg. — **Yara-Cuba** 200 Pfg. **Domingo** 85, 90, 100, 110 Pfg. — **Carmen** 85, 100, 110 Pfg. — **Losgut** aus nur überseeischen Originaltabaken, reichlich Umblatt enthaltend, 85 Pfg. — **Paraguay** 85 und 100 Pfg.

Wickelformen { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Preßbrett, **für 10—12 Formen,** pro Stück 6.50 Mk.
Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg.
Zigarrenband, feinste, gelbe Halbseide, 8 lin., pro 50 Mtr.-Rolle 160 Pfg.

Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

!Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am **besten** und **billigsten** bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fasson stets am Lager.

Soeben erschien unsere neueste Preisliste **Nr. 23.** Zusendung kostenlos sofort.

Vertreter für Ratibor und Umgegend: Gustav Burmeister, Ratibor, woselbst sich ein größeres **Wickelformenlager** (Wickelformenpressen, Band, Etiketten sowie sämtl. Utensilien, die z. Zigarrenfabrikation nötig sind), befindet.

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Aeltestes Rohtabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Sumatra- und **Java-Decken** 2.00, 2.25, 2.50 ℳ, hell 2.60, 2.80, 3.00, 3.20, 3.40, 3.60, 3.80, 4.00, 4.60 ℳ. — **Java** 0.92, 0.95, 0.98, 1.05, 1.10, 1.25, 1.35, 1.40, 1.46 ℳ. — **Domingo** und **Carmen** 0.98, 1.00, 1.05, 1.20, 1.30 ℳ. — **Mexiko** 2.50, 3.00, 3.50 ℳ — **Havanna** 3.60 ℳ — **Felix** 1.00, 1.10, 1.15, 1.20, 1.25, 1.30, 1.50 ℳ, **Decke** 1.80 ℳ. — **Losgut, blattig und gesund,** 0.90 ℳ. — **Uckermärker** 0.75, 0.78, 0.84, 0.88 ℳ. — **Rebuts** 0.86, 0.88 ℳ (Umblatt). — **Holländer Umblatt** 0.88 ℳ.

Diskont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Preisliste! Preise verzollt per Pfund gegen Cassa. Preisliste!

Sumatra-Decker,	III"	Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Deli	170 Pfg.
do.	II"	Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Deli	180 „
do.	II"	Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Deli	210 „
do.	III"	Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, edler Deli	220 „
do.	III"	Vollbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Deli	250 „
do.	I"	Stückbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Deli	280 „
do.	II"	Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein	320 „
do.	II"	Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein	350 „
do.	II"	Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein	400-700 „

Sumatra-Umblatt, leicht und hochedel, 115-130 Pfg. **Vorstenland-Decker,** fahl, Ia. Ia. Brand, 220 Pfg., Ersatz für hellen Sumatra, Ia. Ia. Brand 260 bis 300 Pfg. **Java-Umblatt,** flott brennend, 120-140 Pfg. **Java-Einlage** mit Umblatt 80-100 Pfg. **Mexiko-Decker,** hochfeinster St. Andres, 4 Pf. deckend, 450-500 Pfg. **Havanna-Decker,** hochfein, 450-600 Pfg. **Havanna-Umblatt** und **Einlage** 250 Pfg. **Seedleaf,** feinstes Umblatt, 90-120 Pfg. **St. Felix-Brasil-Einlage** 100-120 Pfg. **St. Felix-Brasil-Umblatt** 120-140 Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker** 150-200 Pfg. **Domingo** FF 90-100 Pfg., F 85-95 Pfg. **Carmen,** reines Umblatt, 90-100 Pfg. **Losgut** nur aus gemischten originalen amerikanischen Tabaken 80-90 Pfg.

Preise verzollt per Pfund Cassa.

Ziel bei längerer Geschäftsverbindung oder nach Aufgabe guter Referenten nach Uebereinkunft. — Bei größeren Abschlüssen (Preise nach Wunsch verzollt oder unverzollt) stehe mit Spezial-Offerten zu Diensten! Zum Beispiel offeriere einen Posten **Domingo** F à 38 Pfg., FF à 43 Pfg. per Pfund **unverzollt** bei Abnahme größerer Posten. Proben nur gegen Nachnahme! Umtausch garantiert!

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Roh-Tabake!

Ein Versuch genügt, um ständige und billige Einkaufsquelle zu haben. Nichtpassendes tauschen wir anstandslos um, daher ohne Risiko. Preise verstehen sich per Pfund verzollt. Muster gegen Nachnahme; bei grösserem Quantum ab unser Freihafenlager, Brook 8.

Prachtvolle fahle Decken, 1½ Pfund deckend	Pfund	**5.00**		**5.25**
Helle Decken, 2. und 3. Längen, guter Brand	Pfund	**2.80**	bis	**3.50**
Mittelfarbige und **braune Decken,** 1. und 2. Längen	Pfund	**1.90**	bis	**2.60**
Deckfähige Stückblätter, nur hell	Pfund	**1.95**	bis	**2.40**
do. do. hell und Mittelfarben	Pfund	**1.70**	bis	**2.25**

Sumatra, Umblatt, leicht	**1.30**	**Domingo,** rein Umbl.	**0.90**	**1.00**	**1.05**
Java, Umblatt, sehr leicht	**1.15**	**1.25**	**Java,** Umblatt u. Einl.	**0.90**	**0.95**	**1.00**
Seedleaf, sehr zart u. leicht	**1.20**	**Brasil,** Einlage **1.20,** Umblatt **1.30**			
Carmen, rein Umblatt	**1.05**	**Havanna,** Einlage, leicht	**1.95**		
Maturin, Brasil	**1.10**	**Losgut,** halb Umblatt	**0.85**	**0.90**	

!!Konkurrenzlos!!

Mittelfarb., blütenweiss brennende Borneo-Stück-Decke
2. Länge 1.25 — 1. Länge 1.40.

L. Adler & Co., Hamburg, Vereinsstr. 34.

Brinkmeier & Co., Bremen.

En gros Roh-Tabak En detail.

Offerieren in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra à 180, 200, 220, 240, 250, 300, 365, 500 Pfg. — **Java** à 85, 95, 110, 125, 185, 265 Pfg. — **Brasil** à 120, 125, 130, 170, 200 Pfg. — **Carmen** à 90, 95, 100, 110 Pfg. — **Domingo** à 95, 100, 110 Pfg. — **Mexiko** à 160, 250, 400 Pfg. — **Havanna** à 275 Pfg. — **Losgut** à 80, 85 Pfg.

Preise verzollt. **Versand unter Nachnahme.**

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstraße 14.

Nr. 5927
Märker, lose Blätter
leicht, wollig, Pfund **73** Pfg.

Nr. 6049
Mexiko-Einlage
leicht, würzig
Pfund **1.25** Mk. verzollt

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke, hell, 200, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 425, 500, 550, 600, **fahl, mittel** 200, 225, 275, 300, 350, 425 ₰. **dunkel** 200, 275, 300, 350 ₰.
Vorstenland-Decke 160, 200, 225, 250 ₰.
Java 90, 95, 100, 105, 120, 130, 135, 140 ₰.
Brasil 105, 115, 125, 130, 135, 150, 200 ₰.
Carmen, Domingo 95, 100, 110, 120, 130 ₰.
Cuba 150, 350 ₰. — **Havanna** 300, 350, 650 ₰.
Mexiko-Decke ff. 300, 450 ₰.
Pa. Losgut 85 ₰ netto, **Paraguay** 90 ₰.
Inländische Tabake 75, 85 ₰.

Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt. Versand unter Nachnahme.

Bedarfs-Artikel

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, viele Fassons am Lager.
Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 ℳ, mit Rad 19 ℳ, ganz Eisen 26 ℳ.
Presskasten zu 600 Zigarren nur 4.50 ℳ, zu 1000 Zigarren nur 5.75 ℳ.
Rollbretter 175, 200 ₰, Hirnholz 300, 350 ₰.
Bündelböcke, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 ℳ.
Arbeitsmesser 20 u. 30 ₰, 35 ₰ Hamburger.
Lack 25 ₰ und 30 ₰, 8 Stangen.
Papier, blau, 41 Bogen pro Pfund, 20 ₰.
Band 50 Meter von 70 ₰ an.
Ringe ff. nur 20, 25 ₰, mit Porträt 45 ₰.
Etiketten von 40 ₰ pro 100 Stück an.
Gummi Traganth nur 175, 225, 250 ₰ pr. Pfd.
Amiac 200 und 250 ₰ pro Pfund.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Schragen, Siebe etc. stets am Lager.

Preise per Kasse ohne Abzug.

S. Hammerstein Filiale

Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Geräte für die Fabrikation

als:
Wickelformen, Formenpressen Kistenpressen
Arbeitstische, Schemel, Sortierkisten, Sitzkästen für Wickelmacher Bündelpressen 2c.
Rollbretter, Ia.-Ware.
rotbuchen 1.50 ℳ, weißbuchen 2 ℳ unverwüstlich!
Echt amerik. Kopfholz-Bretter mit Eisenbolzen
Unerreicht in Haltbarkeit!!
per Stück 5.50 ℳ, 10 Stück 53 ℳ
Arbeitsmesser, prima Stahl
per Stück 25 ₰, 10 Stück 2 ℳ
Hamburg. Arbeitsmesser
zu gleichen Preisen.
Trockenöfen zu 2 Mille 40 ℳ, zu 3 Mille 55 ℳ

P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.

W. Hermann Müller, Berlin

Magazinstrasse 14.

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbuser Straße 4.
Gegründet 1871. Gegründet 1871.

Nr. 769, Decke zum Verkehrtrollen, 1.50 Mk. **Vorstenlanden,** hellbraun, 1. Länge, 2.60 Mk. **Sumatra-Tabake** von 2 bis 5 Mk. Alle anderen Tabake billigst. **Nur streng reelle Bedienung.**

Vergessen Sie es nicht!

Lehmann & Assmy

Tuchfabrik, Spremberg 72
verkaufen direkt ab Fabrik
Anzug-, Paletot-, Joppen-Hosen- und Westen-Stoffe jedes Mass an Private zu unerreicht billigen Preisen.
Muster an jedermann frei.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstrasse 185.
Gegründet 1879.

Geschnittene Einlage

eigene, beste Mischungen
1.10, 1.25, 1.40 Pfg. verzollt.
Sumatra Nr. 1375 — 3 Mk. verz.
ganz hell und reinfarbig, Vollblatt.

Sämtl. Utensilien, gebr. Formen. Illustr. Katalog gratis u. franko.

Männerkrank-

heiten und Nervenschwäche, deren inniger Zusammenhang, Verhütung und **radikale** Heilung von Spezialarzt Dr. med. Rumler. **Preisgekröntes,** nach **neuen** Gesichtspunkten bearbeitetes Werk. **Wirklich brauchbarer,** äusserst lehrreicher Ratgeber und bester Wegweiser zur Verhütung und Heilung von **Gehirn- und Rückenmarks-Erschöpfung, Geschlechtsnerven-Zerrüttung, Folgen nervenruinierender Leidenschaften** und **Exzesse** und **allen sonstigen geheimen Leiden.** Für **jeden Mann,** ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, ist das Lesen dieses Buches nach **fachmännischen** Urteilen von **geradezu unschätzbarem gesundheitlichen Nutzen!** Für 1.60 Mk. Briefmarken franko zu beziehen von **Dr. med. Rumler, Genf 882 (Schweiz).**

Java-Umblatt und Einlage

in blattiger, schöner Ware, feinste helle und mittelfarbige **Sumatra-Decker, Carmen-** und **Domingo-Umblatt,** wie bestes, **loses Gut,** aus nur gesunden, überseeischen Tabaken zusammengestellt, offeriert billigst

Heinr. Carl Rese jr., Bremen.

Gelegenheitskauf von Restpartien!

1. L. Lockblatt, hell und fahl,	1½ Pfd. deckf., garant. weißer Brand	Pfd.	3.60
2. L. Vollblatt, allerf. fahle Farben,	1¼ „ „ „ „ „	„	6.00
2. L. Vollblatt, Mittelfarben, etwas gespickelt	„ „ „	„	2.20
2. L. Vollblatt, „ Borneo	„ „ „	„	2.60
3. L. Sumatra, teilweise hell und grau	„ „ „	„	2.10
2. L. Vollblatt, Vorstenlanden, hellbraun	„ „ „	„	2.20
St. Felix-Decke, 4 Pfd. deckfähig	„ „ „	„	1.60
Brasil-Umblatt Mk. 1.20, Carmen, rein Umblatt		Mk.	0.95
Java-Umblatt und Einlage Mk. 0.85, 0.95, Seedleaf, zartes Umblatt		„	1.15
„ federleicht, Mk. 1.20, 4. Länge, als Decke weiß brennend		„	1.30
Domingo FF, zart u. sauer, Mk. 1.00, Sumatra-Aufleger, federleicht		„	1.15

Muster gegen Nachnahme. — Bei größeren Quanten ab meinem Freihafenlager Brook 6. — Ziel nach Uebereinkunft.

Nichtpassendes nehme zurück, daher Risiko gänzlich ausgeschlossen.

J. Roth, Roh-Tabake en gros, Hamburg, Mattenwiete 19/23.

Roh-Tabake!

Empfehle besonders nach jetzigen Verhältnissen sehr billig:

Sumatra-Decker à 200, 210, 220, 225, 245, 260, 300 ₰. — **Carmen-Umblatt** à 85, 90, 100 ₰. — **Seedleaf** à 95, 100 ₰. — **Java,** Einlage mit Umblatt, à 85, 95, 100 ₰. — **Brasil,** Einlage mit Umblatt, à 120, 130 ₰, Decker à 180 ₰. — **Mexiko** à 220 ₰. — **Amerik. Losgut** (Carmen, Seedleaf, Java, Domingo) à 80, 85 ₰, aufzuarbeiten ohne extra Umblatt, sowie alle übrigen Tabake zu zivilen Preisen. — Preise inklusive Zoll.

F. Reil, Bremen, Weizenkampstr. 187.

Die Expedition des Tabak-Arbeiter

Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

hält vorrätig und gibt gegen Einsendung des Betrags durch Postanweisung oder unter Nachnahme ab aus ihrer **Gesundheits-Bibliothek:**

Populäre Heilkunde mit Abbildungen, über 500 Seiten. Gebunden. Statt früher 6 Mk., jetzt nur **1.50** Mk. (Porto 30 Pfg.).

Das goldene Buch der Gesundheit. Aerztlicher Ratgeber für Gesunde und Kranke. Von Dr. med. Julius Locheim. Elegant gebunden, 512 Seiten stark, mit vielen Abbildungen. Nur **3.00** Mk. (Porto 50 Pfg.).

Im Kampf um die Gesundheit. Ein ernstes Wort zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht. Von Dr. Julian Marcuse. 48 Seiten stark. Nur **15** Pfg. (Porto 3 Pfg.).

Dr. Fischers Neuester Hausarzt. Handbuch der Krankenpflege. Mit zahlreichen Abbildungen. Gebunden. Nur **1** Mk. (Porto 20 Pfg.). — In besserer Ausstattung, broschiert, 70 Seiten stark. **60** Pfg. (Porto 5 Pfg.

Die Lungentuberkulose, ihre Ursachen und Verhütung. Vortrag von Dr. med. Pfeiffer. Nur **15** Pfg. (Porto 5 Pfg.).

Geschlechtliche Aufklärung im Arbeiterhaushalt. Von Dr. Julian Marcuse. Nur **20** Pfg. (Porto 5 Pfg.).

Die Aufklärung des Kindes über geschlechtliche Dinge. Nach einem Vortrage von Otto Rühle. Nur **20** Pfg. (Porto 5 Pfg.).

Alkohol und Geschlechtsleben. Gegen Einsendung von **15** Pfg.

Geschäftsführer.

Ein tüchtiger Geschäftsführer, gelernter Zigarrenmacher, welcher geneigt ist, mit 1000 bis 1500 Mark Einlage in eine Zigarrenfabrik einzutreten, sofort gesucht. Offerten unter **A. 100** an die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, erbeten.

Ein Zigarrenmacher

in den 50er Jahren sucht eine **Wickelmacherin** in den 40er Jahren als

Haushälterin.

Spätere Heirat nicht ausgeschlossen.
Offerten unter **S. D., postlagernd Hemelingen bei Bremen.**

Achtung!

Alle Kollegen und Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenmacher

Richard Krusse

aus **Hagenow i. M.** befindet, bitten wir, uns seine Adresse sofort zukommen zu lassen. Porto wird vergütet.

Die Kollegen
der Zigarrenfabrik Greischel u. Freyer
in Spremberg, N.-L.

Unserem Kollegen **Rich. Schönberner** aus **Bautzen** zu seinem am 8. Februar stattfindenden 33. Wiegenfest ein 999999 mal donnerndes Hoch!
Seine beiden Tischkollegen H. H., O. Sch.

Unserem Kollegen **Heinr. Oberschelp** zu seinem am 10. Februar stattfindenden Wiegenfest ein 999 mal donnerndes Hoch!
Gewidmet von den Kollegen der Firma Wwe. Ammelmann, Rheda.
J. E., H. S., A. M.

Unserem Kollegen **Wilh. Hundertmark u. Frau** zu ihrer am 11. Februar stattfindenden **silbernen Hochzeit** die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Die Kollegen und Kolleginnen der Fabrik Otto Zeitschel in Holzhausen.

Ia. Grus 30, 50, 75, **stets** da. 9 Pfd.-Muster zus. 5.00 pstfr. **hell Dely I** (Gelghkf.) 2.50 u. 3.20 off. **Kemmler Nfg., Breslau 6.**

Unserer Kolleain
Lina Strümpler
zu ihrem 21. Geburtstage ein 20220 mal donnerndes Hoch!
Die organis. Kolleginnen und Kollegen der Firma Wecke, Rahden.

Todes-Anzeigen.

Am 19. Januar starb nach langem Krankenlager unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Theod. Sielemann aus Hildesheim,** im Alter von 69 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Braunschweig.

Am 29. Januar starb der Kollege **Joseph Gattung** aus **Rastatt** im Alter von 67 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Stuttgart.

Am 29. Januar starb nach kurzem Leiden im fast vollendeten 39. Lebensjahre unser treues Mitglied **Sophie Suhre.**
Leicht sei ihr die Erde!
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitarbeiter der Firma Theodor Rocholl Petershagen a. W.

Am 1. Februar starb nach kurzer Krankheit das Mitglied **August Klages** aus **Langelsheim.**
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Goslar.

Briefkasten.

Vereins-Inserate müssen gestempelt sein. — Andere Inserate sind vorher zu bezahlen. Bei Einsendung der Beträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.

G. G., Spremberg 1.20 Mk. — **E. R., Bautzen** 50 Pfg. — **Koll., Rheda** 70 Pfg. — **Koll., Holzhausen** 60 Pfg. — **F. L., Altenau** 90 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstraße 59. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum Tabak-Arbeiter.

Nr. 6. Sonntag, den 9. Februar 1908

Gegen das preussische Wahlrecht.

Die Literatur über das Wahlrecht ist bereichert worden durch ein Werk des ehemaligen Reichstagsabgeordneten v. Gerlach. Dieser ehemalige Nationalsoziale steht jetzt im freisinnigen Lager auf Seite derer, die die schärfere Tonart im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht anschlagen. Herr v. Gerlach betitelt sein im Verlag der Hilfe erschienenes Buch: „Die Geschichte des preußischen Wahlrechts."

Daß der Verfasser keine allumfassende Geschichte des Dreiklassenwahlrechts liefern wollte, gibt er im Vorwort mit den Worten zu, daß er seine eigenen Ansichten in den Hintergrund habe treten lassen, um eine kritische Materialsammlung zu liefern, die dem Zwecke dienen soll, den Gegnern des Dreiklassenwahlrechts gute Waffen an die Hand zu geben.

Das ist Herrn v. Gerlach auch gelungen. Aus dem aktenmäßigen, aus den Landtagsverhandlungen Preußens kritisch ausgewählten Material ist die Widerrechtlichkeit des „elendesten aller Wahlsysteme" klar zu ersehen. Gewalttätig, wie die Reaktion unter Friedrich Wilhelm IV. nach dem „tollen Jahr" (1848) in Preußen auftrat, okroyierte sie dem Lande das Dreiklassen-Wahlsystem, das trotz der inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Umwälzung dem preußischen Junkertum die Herrschaft im Staate heute noch sichert.

Ein Blick auf die Zusammensetzung des Reichstags lehrt es, wie die Herrschaft der Junker unter dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht sofort zusammenbrechen müßte. Freilich, so lange das Junkertum im preußischen Landtage herrscht, wird auch die mit der Herrschaft dieses Junkertums einverstandene Regierung Preußens als maßgeblicher Faktor im deutschen Bundesrat die Maximen der Junkerherrschaft auf das Reich zu übertragen suchen. Das macht sich bei allen Kämpfen gegen die Reaktion im deutschen Reichstage bemerkbar.

So lange also die Herrschaft des Junkertums im preußischen Landtage nicht gebrochen ist, so lange hat die Reaktion Chancen im Reichstage. Darum muß der junkerlichen Reaktion ihre beste Grundlage — das Dreiklassenwahlrecht — entzogen werden.

Der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht ist endlich in Bahnen gelangt, die das Volkselement in breiten Zügen gegen das Junkerbollwerk vorwärts marschieren sehen. Für diesen Vormarsch hat der Verfasser des Buches den Kämpfenden ein Kampfmittel an die Hand gegeben, mit dem sie jederzeit die um ihre Privilegien kämpfende Junkerkaste vor aller Welt ins Unrecht setzen können. Wir können hier im knappen Rahmen nicht durch Zitate aus dem Gerlachschen Buch die bodenlosen reaktionären Machenschaften preußischer Minister und Junker in der Reaktionsperiode, die dem Jahre 1848/49 folgte, konstatieren, sondern müssen uns daran genügen lassen, zu bestätigen, daß das gesammelte Material den Beweis für unsere Behauptung in reichem Maße erbringt und wir daher das Buch nur empfehlen können.

Nur eins wollen wir noch zur kritischen Ergänzung des Buches feststellen. In einem Kapitel ist die Stellung der Sozialdemokratie gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht knapp gezeichnet. Es fehlt in der Darstellung der Entwicklung unsres Kampfes gegen das Dreiklassenwahlrecht eine Phase. Der Beschluß des Kölner Parteitages wurde auf dem Parteitag in Hamburg umgestoßen, weil die Partei inzwischen die bekannten Erfahrungen im Kampfe gegen den Wahlrechtsraub in Sachsen und in der Fortführung des Kampfes gegen das in Sachsen neueingeführte Dreiklassenwahlsystem gemacht hatte. Die sächsische Sozialdemokratie hatte beschlossen, den Kampf durch die Beteiligung an den Landtagswahlen — trotz des Dreiklassenwahlsystems — gegen dieses Wahlunrecht intensiver zu gestalten und die Gesamtpartei akzeptierte auf dem Hamburger Parteitag diesen Standpunkt für Preußen, der dann auf dem Parteitag zu Mainz, 1900, auf alle Staaten, die das Dreiklassenwahlsystem haben, ausgedehnt wurde.

Die weiteren praktischen Erfahrungen haben dann auch ergeben, daß die Beteiligung an den Landtagswahlen, wenn sie auch unter dem vergewaltigenden Dreiklassenwahlsystem keine Mandatserfolge verspricht, doch die Intensivität des Kampfes gegen das System selbst erhöht. Mögen die nächsten preußischen Landtagswahlen diese Behauptung bekräftigen; je mehr sich dies erfüllt, um so eher muß das „elendeste aller Wahlsysteme" dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechte den Platz räumen.

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Wusterhausen. Die Firmen K. Kleist und G. Keller erhöhten die Löhne auf alle Sorten um 50 Pfg. pro Mille.

Neumarkt. Der Streik bei der Firma Strauß ist zuungunsten der Arbeiter beendet. Diesen Mißerfolg haben die Arbeiter dem verräterischen Verhalten der Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Tabakarbeiterverbandes zu danken. Letztere haben es mit ihrer „Ehre" vereinbaren können, bei der Firma Strauß in Arbeit zu treten. Was sagt denn wohl die Leitung des Hirsch-Dunckerschen Tabakarbeiterverbandes in Heidelberg zu diesem Arbeiterverrat seiner Mitglieder?

Neumarkt. Der Streik bei der Firma Birke ist beendet. Alle Streikenden, bis auf zwei, sind anderweitig untergebracht. Für Verbandsmitglieder bleibt die Firma Birke solange gesperrt, bis sie anständige Löhne zahlt und sich verpflichtet, die Arbeiter anständig zu behandeln.

Neumarkt. Die Firma Herm. Jäger erhöhte die Rollerlöhne um 25 bis 30 Pfg. und die Wickellöhner um 20 Pfg. pro Mille. Außerdem brauchen die Arbeiter für die Folge ein Deckblattgeld nicht mehr zu zahlen.

Creuzburg a. W. Der Streik bei der Firma Bruns ist beendet. Die Firma bewilligte den Rollern zubereitetes Deckblatt, welches einer Lohnzulage von 35 Pfg. entspricht, und den Wickelmachern 10 Pfg. pro Mille.

Creuzburg. Bei der Firma Albrecht u. Schmidt, Sitz Hamburg, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma maßregelte fünf Arbeiter.

Minden (Westf.). Bei der Firma F. H. Ziegenbein in Minden, Besenkamp und Hiddenhausen ist es zum Streik gekommen, da die Firma sich nicht entschließen konnte, die angekündigte, geradezu horrende Lohnreduktion zurückzunehmen. Diese Firma scheint geradezu alle Maßnahmen zu ergreifen, um unter den westfälischen Tabakarbeitern auch das letzte Fünkchen Renommee einbüßen zu wollen. Schon jetzt heißt es:

„Bei F. H. Ziegenbein? Nein,
Da ist der Brasil zu klein."

Diese Firma hat es weit genug gebracht.

Spenge. In der Sache des Abwehrstreiks Teschmacher u. Comp. schweben zurzeit Verhandlungen, von welchen wir hoffen wollen, daß sie zu einem ehrenvollen Frieden führen.

Neudamm. Der Streik bei der Firma Flesch dauert unverändert fort.

Goslar. Am Dienstag sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Louis Hoppe entlassen. Näherer Bericht folgt.

In Seehausen (Altmarkt) hat der Fabrikant Sievert auf Vorstelligwerden seines Arbeiters eine Lohnzulage von 50 Pfg. auf zwei Sorten bewilligt. Da die Arbeitsverhältnisse außerdem viel zu wünschen übrig lassen, ist die Lohnzulage ohnehin zu gering. Mit der Bewilligung aber ging denn noch eine Maßregelung einher, indem der betreffende Kollege entlassen wurde. Daher ist über vorstehenden Betrieb die Sperre verhängt und warnen wir die Kollegen vor Arbeitsannahme.

Kollegen, meidet alle Betriebe, in welchen Differenzen bestehen.

Protestbewegung gegen die Banderolesteuer auf Tabakprodukte im 9. Gau

(Baden und Elsaß).

Weitere Versammlungen fanden statt in Gengenbach am 24., in Offenburg am 25., in Lahr am 26., in Hüningen am 27., in Rheinfelden am 28., in Odenheim am 31. Januar und in Elsenz am 1. Februar. Der Gauleiter Ad. Heising referierte in obigen Versammlungen über die schädigenden Wirkungen einer Tabakbanderolesteuer. Sämtliche Versammlungen erfreuten sich eines starken Besuchs; in Odenheim mußten wegen Ueberfüllung des Lokales zirka 100 Personen umkehren. In seinem 1¼stündigen Vortrag führte der Redner folgendes aus: Bis zum Jahre 1856 seien die Steuersätze auf Tabak mäßige gewesen, dann sei Bismarck ans Ruder gekommen. Mit seinen Amtsjahren hängen die Kriege von 1864 und 1866 eng zusammen. Schon 1867 seien infolge der Kriege und Rüstungen die Ausgaben für das Reich gewaltig angeschwollen und man habe von seiten der konservativen Partei, trotzdem im Jahre 1856 eine Erhöhung abgelehnt wurde, eine neue Mehrbelastung auf Tabak beantragt, auch diese sei vom Reichstage auf Grund der Protestbewegung abermals abgelehnt. 1874 habe Deutschland zum erstenmal in seinem Reichshaushaltetat mit Schulden abgeschlossen, von da ab seien die Schulden des Reiches ins Unermeßliche gestiegen. Schuld daran seien einzig und allein die Mehrheitsparteien des Reichstags, welche zu den unsinnigen Rüstungen und Vermehrungen des Militarismus und Marinismus ihre Zustimmung gegeben hätten. Im letzten Jahre habe der Tabak 71 Millionen Mark Tribut zahlen müssen. Skrupellos, ohne Rücksicht auf die Arbeiter und Konsumenten sowie Kleinfabrikanten, beabsichtige man jetzt eine Banderolesteuer, wodurch der Industrie der Lebensnerv vollständig unterbunden würde. Geradezu als ein Hohn auf die Vernunft müsse er, Redner, es bezeichnen, wenn man vom Standpunkte des Staatswohles mit einem solchen Würgengel auf der Bildfläche erscheine. Denn die Regierung wisse ganz genau, wie schädigend alle Tabaksteuererhöhungen für die Tabakarbeiter gewirkt hätten. Die Berufsgenossenschaft habe festgestellt, daß das Jahreseinkommen der Vollarbeiter nur 515 Mark im Jahre betrage; wenn das der Fall sei, dann müsse es Gegenden in Deutschland geben, in denen das Durchschnittsjahreseinkommen noch bedeutend unter 515 Mark stehe, da bekanntlich die norddeutschen Kollegen einen höheren Durchschnittsjahresverdienst hätten. Zu den Landesteilen mit noch niedrigerem Jahreseinkommen gehören vorzugsweise Baden, Elsaß, Hessen, Sachsen, Schlesien und Ost- und Westpreußen. Die badische Fabrikinspektion habe im Jahresbericht für 1905/1906 einen Durchschnittswochenverdienst der Tabakarbeiter von 9.30 Mark festgestellt. Das sei eine Anklage amtlicherseits gegen den Staat und das Arbeitgebertum, die furchtbarer gar nicht lauten könne. Seit 1878 seien die Löhne auf Grund der damaligen Steuererhöhung von 24 Mark auf 85 Mark pro Doppelzentner auf ausländischen und von 2 Mark auf 45 Mark pro Doppelzentner auf inländischen Tabak rapide retour gegangen, so daß eine abermalige Mehrbelastung geradezu als eine Prämie auf Lohndrückerei erscheine. Auch die Wirkungen der Zigarettenbanderole für die Zigarettenarbeiter seien der Regierung nicht unbekannt; habe doch der Verbandssyndikus der Zigarettenfabrikanten Dresdens im Jahresbericht konstatiert, daß 50 Prozent der Arbeitskräfte entlassen werden mußten beim Inkrafttreten der Banderolesteuer für diese Branche. Nach fachmännischen Urteilen würde der Konsum auf Grund der Banderolesteuer unter den bekannt gewordenen Satzungen mindestens um ein Sechstel retourgehen, was gleichbedeutend sei mit einer Arbeitslos- und Brotlosmachung von 40 000—50 000 Arbeitskräften. Das scheine die Regierung wenig zu kümmern, was aus diesen werde. Die Herren von der Regierung sollten einmal hinausgehen mit den Vertretern der Organisationen nach den badischen Taldörfern des Schwarzwaldes, wo bald aus jeder Hütte und dem Dachstübchen der Tabakarbeiter Not, Elend und Krankheit einem entgegengrinst, so daß selbst dem Abgehärtetsten dabei das Herz weich wird. Redner legte dann den Anwesenden nach den bekannt gewordenen Satzungen der Banderole die Preissteigerung der Waren im einzelnen klar und zeigte, wie auch der Konsument mit dieser Vorlage geschröpft werde. In Baden und im Elsaß sei die Kleinindustrie vorwiegend, so daß man an manchen kleinen Orten und Städtchen 5 bis 8 Fabrikanten antreffe, welche, wenn die Vorlage Gesetz werde, dem Ruin verfallen würden, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig seien. Redner bespricht dann die heutige Konstellation der Parteien im Reichstage, und unterbreitet den Versammelten unter spannender Aufmerksamkeit die namentliche Abstimmung, mit Angabe der Parteizugehörigkeit, über die Zigarettenbanderolesteuer. Darauf entstand allgemeine Entrüstung über diejenigen Abgeordneten, welche mit Ja gestimmt haben; dann folgten Rufe: Das sind ja über 50 Prozent Zentrumsabgeordnete! Rittergutsbesitzer, Grafen und Nationalliberale. Der Redner unterbreitete der Versammlung ein Schreiben, welches er im Auftrage an die in seinem Gau in Betracht kommenden Abgeordneten des Reichstages abgesandt habe. Allgemeine Zustimmung folgte der Verlesung des Briefes. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute tagende öffentliche Protestversammlung, zusammengesetzt aus Tabakarbeitern, Tabakarbeiterinnen, Interessenten und Konsumenten, protestiert auf das entschiedenste gegen jegliche Mehrbelastung des Tabaks und der Tabakprodukte, gleichviel, welchen Namen auch diese Vorlage haben möge. Denn eine Mehrbelastung hat eine Steigerung der Warenpreise zur Folge und vermindert den Konsum ganz enorm. Ein verminderter Konsum bedingt eine verminderte Produktion, welche mit Entlassung von 40 000 bis 50 000 Arbeitskräften verknüpft ist (meist Schwache und Krüppel), welchen zu andern Arbeiten die Kräfte fehlen. Im ferneren vernichtet eine Banderolesteuer resp. eine Mehrbelastung des Tabaks eine ganze Reihe von Kleinbetrieben, wodurch die Produktion vom Orte vertrieben und der Ruin vieler Gemeinden herbeigeführt wird. Aus vorstehenden Gründen und Gefahren für die gesamte Tabakindustrie und den Tabakbau stellen die Versammelten an den Abgeordneten des Reichstagswahlkreises das dringende Ersuchen, gegen jede weitere Belastung des Tabaks und seiner Produkte zu stimmen."

Berichte.

Bernburg. Am 21. Januar fand im Verkehrslokal, Restaurant Gesellenverkehr, Steinstraße, eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Zum 1. Punkt: Rückblick auf das 25jährige Bestehen des Verbandes, speziell der hiesigen Zahlstelle, hatte der Genosse Seel, Arbeitersekretär, das Referat übernommen; er hielt einen allgemein verständlichen Vortrag, griff zurück auf die Zeit des alten aufgelösten Verbandes und die geschichtliche Entwicklung der hiesigen Zahlstelle. Nebenbei schilderte er auch die voraussichtlichen Gefahren, die uns drohen, und ersuchte am Schluß seines Vortrags, daß die Tabakarbeiter am Orte sich fest an ihre Organisation anschließen. Die Versammlung stimmte durch Beifall zu. Der Kassenbericht wurde vom 2. Bevollmächtigten erläutert, ebenso gab er einen Ueberblick über die Mitgliederbewegung; es wurde alles für richtig anerkannt. Als 1. Bevollmächtigter wurde gewählt Fr. Strobel, als 2. Gottl. Hache, als 3. Bernock und als Kontrolleure Fr. Ekert, K. Jarasch und K. Becker. Den Kartellbericht gaben die Kollegen Hirsekorn sowie Ballentin abwechselnd; nach kurzer Debatte wurden die wichtigsten Sachen anerkannt resp. verwirklicht und dann zur Wahl eines Delegierten geschritten; aus derselben ging Kollege G. Zorbisch als gewählt hervor. Dann gab Kollege H. Meyer einen Ueberblick über die Lokalkasse, an die sich die meisten männlichen Kollegen angeschlossen haben, denn aus diesem Fonds wird das Arbeitersekretariat mit erhalten. Des weiteren wurde beschlossen, den Versuch zu machen, alle Monat eine Versammlung stattfinden zu lassen, damit die uns noch fernstehenden Mitglieder mit der Zeit wieder zu den Versammlungen erscheinen und der Sache mehr Interesse entgegenbringen; ab und zu soll ein interessanter Vortrag gehalten werden. Ferner wurde eine Kommission eingesetzt, welche die Arbeiten zum Protest gegen die geplante Zigarrenbanderolesteuer erledigt. Als Obmann ist G. Zorbisch, Walterstraße 4, ernannt.

Bünde-Feldmark. Am 26. Januar fand hier im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom letzten Quartal; 2. Oertliche Angelegenheiten; 3. Wahl der dem Vorstande in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten; 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt gab der Kassierer C. Könker den Kassenbericht. Barbestand vom 3. Quartal 434.74 Mk.; Einnahme an Verbandsbeiträgen 1288.30 Mark; für Extramarken 211.60 Mk.; Summa 1934.64 Mk. Die Ausgabe beträgt insgesamt 510.07 Mk., an den Vorstand gesandt 675 Mk., Kassenbestand 749.57 Mk.; Summa 1934.64 Mk. Ein Mitgliederbestand von 257 ist noch vorhanden. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde vom Kollegen Menke der Protest, welcher von einigen Mitgliedern gegen den Versammlungsbeschluß vom 7. Januar erhoben worden war, berichtet. Dieselben hatten gegen den Beschluß protestiert, weil die Versammlung unrichtig in der Volkswacht inseriert war. Es war nur ein Kollege von den Protestanten anwesend, derselbe zog auf Anratung des 1. Bevollmächtigten für seine Person den Protest zurück. Die Mitgliederversammlung beschloß hierauf, die Sache als abgetan zu betrachten. Es wurde dann zur Wahl der Bevollmächtigten übergegangen. Als 1. Bevollmächtigter wurde der Kollege C. Menke, als 2. der Kollege C. Könker, als 3. der Kollege R. Hobrock durch geheime Wahl wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen F. Pott, W. Horstmann und F. Niedermöller gewählt. Als Kartelldelegierte wurden gewählt C. Menk-, H. Schuster, F. Pott und W. Oepping. Zum Punkt Verschiedenes wurde vom Kollegen Könker darauf aufmerksam gemacht, daß bei Erkrankungen in den drei Wartetagen die Sonntage ausgeschlossen sind. Die Mitgliederversammlung sprach das Bedauern darüber aus, daß das Krankengeld zu stark vom Vorstand beschnitten wäre. Ferner wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen, unter anderm auch die unpünktliche Bezahlung der Beiträge.

Finsterwalde. Zum 21. Januar war auch hier im Viktoria-Hotel eine öffentliche Protestversammlung einberufen, in welcher der Reichstagsabgeordnete Karl Severing-Bielefeld referierte. Das Referat wurde von den tausend Anwesenden mit reichem Beifall aufgenommen. Zu dieser Versammlung war auch der Abg. des Kreises, Herr Henning-Berlin, eingeladen. Derselbe hatte jedoch sein Erscheinen brieflich abgesagt. Die Antwort lassen wir hiermit folgen:

Reichstag, den 17. 1. 08.

Sehr geehrter Herr!

Mit vielem Danke empfing ich soeben Ihre werte Einladung zu einer Versammlung der Tabakinteressenten am 21. d. M. und würde derselben auch gerne gefolgt sein, habe aber hier ein dringende anderweite Verpflichtung, die ich nicht vernachlässigen darf und bedauere daher, nicht kommen zu können. Sehr angenehm wäre es mir aber, das Ergebnis Ihrer Beratungen zu erfahren. Ich weiß nicht, welchen Kreisen, ob Fabrikanten oder Arbeitnehmern, die Versammlung angehört,

bemerke daher, daß beide Kreise daran interessiert sind, daß eine Besteuerung des Tabaks nicht stattfinder.

Diesen Standpunkt habe ich das vorige Mal durchaus vertreten und die Steuer abwenden helfen. Wenn irgend möglich, wird auch diesmal diese Belastung vermieden werden, jedenfalls bleibt meine Stellung dieselbe.

In größter Hochachtung ergebenst

(gez.) A. Henning, M. d. R.

Der Referent kritisiert das Antwortschreiben des Herrn Henning in gebührender Weise und fand auch in diesem Falle den Beifall der Anwesenden. Eine kernige Protestresolution, welche auch dem Herrn Henning zugesadt werden soll, fand einstimmige Annahme.

Goslar. Am 27. Januar fand hier im Tivoli eine öffentliche Tabakarbeiter- und Interessentenversammlung statt. Das Referat hatte Kollege Tiedermann-Bremen übernommen. Redner schilderte die Gefahren, die durch die von der Regierung geplante Zigarrenbanderolesteuer oder sonstige höhere Belastung des Tabaks heraufbeschworen wird, und forderte zu energischem Protest gegen derartige Steuerpläne auf. Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung protestiert entschieden gegen die von der Reichsregierung geplante Banderolesteuer auf Zigarren oder sonstige höhere Belastung des Tabaks, deren Wirkung die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen auf das schwerste schädigen und die größte Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßte. Sie fordert deshalb die Reichsregierung und den Reichstag auf, die ohnehin schon so schwer belastete Tabakindustrie von einer Mehrbesteuerung zu verschonen. Die Versammlung protestiert ferner gegen jede indirekte Besteuerung der Lebensmittel und fordert eine progressive Einkommensteuer." In der Diskussion wurde die Kommission beauftragt, mit dem parlamentarischen Vertreter des 13. hannoverschen Wahlkreises in Verbindung zu treten und ihn über die traurige Lage der Tabakarbeiter aufzuklären. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Burgold wurde die mäßig besuchte Versammlung geschlossen. Zu bedauern ist, daß eine große Anzahl Tabakarbeiter es nicht für nötig hielt, in der Versammlung zu erscheinen, galt es doch Protest einzulegen gegen eine Verschlechterung ihrer sonst so traurigen Lage. Wir fordern deshalb die Kollegen auf, die Versammlungen besser zu besuchen.

Haynau i. Schl. Auf unsre, an den Abgeordneten des hiesigen Wahlkreises gerichtete Anfrage ist folgende Antwort eingegangen:

Herrn C. Töpler.

Haynau i. Schl., Bahnhofstr. 22.

Auf das gefl. Schreiben vom 17. Jan. d. J. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich Gegner der von der Regierung geplanten Zigarrenbanderolesteuer bin, wie ich dies auch gelegentlich meiner letzten Anwesenheit im dortigen Wahlkreise mehrfach in Versammlungen betont habe.

Hochachtungsvoll

Fischbeck.

Stadtrat Fischbeck ist einer der Führer der Freisinnigen Volkspartei. Wenn die ganze Partei Fischbecks Ansicht teilt, wird ihr nichts übrig bleiben, als gegen diese Steuervorlage zu stimmen. Das wird von der gesamten Tabakindustrie erwartet.

Holzhausen bei Pyrmont. Am 26. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 07; 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure; 3. Abhaltung eines Verbandsvergnügens. Nachdem die Abrechnung verlesen war, wurde sie von den Anwesenden einstimmig für richtig befunden. Trotzdem hier von gewerkschaftsgegnerischer Seite in letzter Zeit ein Gerücht verbreitet wurde, die Bevollmächtigten bezögen ein ansehnliches Gehalt, wurden die Kollegen Karl Kleine, Wilhelm Bosse und Albert Schmidt einstimmig wiedergewählt, weil die Mitglieder sich überzeugt hatten, daß dieses Gerücht auf Unwahrheit beruhte und die Gegner nur versuchten, Uneinigkeit zwischen die Mitglieder zu bringen. Als Kontrolleure wurden Wollrad Scheller, Tieracht und Auguste Nieburg gewählt. Bei Punkt 3 entspann sich eine lebhafte Debatte. Bosse wies darauf hin, daß unser Verband wohl der stärkste am Orte sei, aber überwiegend weibliche Mitglieder habe. Da es hier Sitte sei, daß weibliche Festteilnehmer keine Eintrittskarte bedürfen, so sei wohl zu erwägen, ob wir ein Vergnügen abhalten könnten. Klein ist dagegen der Ansicht, daß gerade die Kolleginnen, wenn es zum Kartenvertreiben ginge, am meisten Gelegenheit hätten, unter ihren Bekannten und Verwandten Absatz zu finden. Auch habe er zu unsern Kolleginnen das Vertrauen, daß dieselben eifrige Agitation betreiben würden, gelte es doch, nachdem sie dem Unternehmertum in den letzten zwei Jahren gezeigt hätten, daß sie Kämpfe zu führen verständen, jetzt zu beweisen, daß die organisierten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen auch verstehen, ihr eignes Fest zu feiern. Es trage ein Verbandsvergnügen viel zur Hebung des Solidaritätsgefühls bei. Hierauf wurde ein Antrag angenommen, daß eine Liste zirkuliere bei den Mitgliedern, um festzustellen, ob genügende Beteiligung zu erwarten ist. Der Preis wurde auf 75 Pfg. gesetzt und voraussichtlich der letzte Sonntag im Februar bestimmt. Nachdem noch einige Sachen erledigt waren, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband geschlossen. Der hiesige Arbeiterturnverein hat einstimmig beschlossen, durch turnerische Aufführungen die Veranstaltung verschönern zu helfen.

Itzehoe. Itzehoe unter Belagerungszustand? Unter dieser Stichmarke wird der Schleswig-Holst. V.-Z. zu dem polizeilichen Versammlungsverbot geschrieben: „Der Obmann der Protestkommission gegen die Tabaksteuer meldete am letzten Freitag eine öffentliche Protestversammlung an, für die Genosse v. Elm das Referat über die geplante Banderolesteuer übernommen hatte. Diese Versammlung war ordnungsmäßig angemeldet und die Anmeldung auch bereits bestätigt. Am Sonnabend erhielt der Einberufer dann folgendes Schriftstück zugesandt:

Itzehoe, 25. Januar 1908.

Die Polizeiverwaltung.
J.-Nr. 619 III.

Die Abhaltung der von Ihnen für den 27. Januar 1908, abends 8 Uhr, anberaumten öffentlichen Volksversammlung im Stühmerschen Lokale wird hiermit verboten, und zwar aus Gründen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung. Der Umstand, **daß gerade am Abend von Kaisers Geburtstag, an welchem die Gemüter schon an und für sich infolge der Festesfreude aller Patrioten angeregt zu sein pflegen** (so!), eine öffentliche Volksversammlung in dem sozialdemokratischen Stühmerschen Lokale stattfinden soll, in welcher einer der leidenschaftlichsten sozialdemokratischen Agitatoren reden will, zwingt mit der Notwendigkeit zu der Annahme, daß es zu Konflikten auf der Straße und anderswo kommen wird. Wesentlich erschwerend fällt noch ins Gewicht, daß gerade in den letzten Monaten es in und vor dem Stühmerschen Lokale wiederholt zu tumultuarischen Szenen aller Art gekommen ist. Diese werden sich vorliegend um so leichter wiederholen, als am 27. Januar 1908 in dem **dicht neben der Stühmerschen Wirtschaft** belegenen Lokale (Deutsche Eiche) ein Mannschaftsfest der hiesigen Artillerie stattfindet, durch welches die Liebe zu Kaiser und König in festfreudiger Stimmung Ausdruck finden und gepflegt werden soll. Wenn dann zugleich in dem Nachbarlokale über ein offenbar absichtlich bisher nicht angegebenes Thema ein Redner reden soll, der stets gegen die Liebe zu Kaiser und Reich agitiert hat, und der, wie die Wahl des Tages und der Zeit der Versammlung zeigt, auch offenbar diesmal agitieren will, dann sind die schwersten Zusammenstöße mit Sicherheit zu erwarten. Das muß aber die Polizeiverwaltung unbedingt verhindern.

Dr. Müller.

An den Zigarrenarbeiter Herrn August Rieck, hier.

Darauf begab sich der Einberufer sofort zum Polizeichef, um ihn über dieses Verbot zu interpellieren und machte darauf aufmerksam, daß die angegebenen Begründungen nicht als stichhaltig angesehen werden könnten. Der Stadtrat beharrte auf seinem Standpunkt und verwies auf den Beschwerdeweg, obwohl er wissen mußte, daß dies wegen der kurzen Zeit ausgeschlossen war, weil doch Sonntags und am Geburtstag des Kaisers das Landratsamt geschlossen bleibt. Unser Genosse ließ dem Herrn dann klar erkennen, daß dieser neue Akt der Polizei so ziemlich das höchste sei, was auf diesem Gebiete bisher geleistet wurde. **Das Vorgehen des Polizeichefs ist eine flagrante Gesetzesverletzung, es verstößt gegen das preußische Vereins- und Versammlungsrecht.** Dieses Gesetz gibt keiner Polizeibehörde das Recht, eine Versammlung zu verbieten, wenn sie annimmt, daß die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gestört werden kann. Außerdem schlägt Herr Dr. Müller in seinem Verbot die wunderlichsten Purzelbäume. Wenn er schreibt, daß am Abend des Tages von Kaisers Geburtstag „die Gemüter schon an und für sich infolge der Festesfreude aller Patrioten angeregt zu sein pflegen", dann kann auch **nur von dieser Seite** eine Störung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung befürchtet werden. Herr Müller mag seine Polizeibefugnisse benutzen, daß ruhige und ordnungsliebende Bürger nicht von dieser Seite belästigt werden, und nicht in vollständig gesetzwidriger Weise Versammlungen verbieten. Die Begründung des Verbots läßt auch erkennen, daß der Polizeichef von seinen Beamten recht schlecht unterrichtet werden muß über die Vorgänge in unseren Lokalen. Die tumultuarischen Szenen, von denen er spricht, sind bisher noch immer durch die Vernunft der Arbeiter verhindert worden, wahrscheinlich zum größten Leidwesen der Polizeibehörde. Sollten jedoch die bekannten Vorgänge mit dem Athletenklub gemeint sein, so bemerken wir hierzu, daß deren Beurteilung ja noch Sache des Kieler Gerichts ist und die Zukunft zeigen wird, wie die Entscheidung ausfällt. Die Versammlung wird in den nächsten Tagen stattfinden und darf wohl dank der für uns entfalteten Agitation auf einen Massenbesuch gerechnet werden.

Kahla. Am 18. Januar tagte im Restaurant Anker eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 07. 2. Kartellbericht. 3. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Verwaltung. 4. Wahl der Delegierten zum Kartell. 5. Verschiedenes. Zu Punkt 2 wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Kollege Hilbert gab den Kartellbericht und waren die Mitglieder mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden. Zu Punkt 3 wurden die Kollegen Rudolf Damm als 1., Heinrich Trümper als 2. und Albin Hilbert als 3. Bevollmächtigter, und die Kollegen Hermann Götz, Aug. Grohtig und Paul Fiedler als Kontrolleure wiedergewählt. Punkt 4 fand seine Erledigung, indem die Kollegen Franz Zirkel, Paul Hampel und Rudolf Damm gewählt wurden. Zu Punkt 5 verliest der 1. Bevollmächtigte ein Schreiben des Kartells, wo sich über einen Punkt eine lebhafte Debatte entspann betr. Abänderung des § 1 des Kartellstatuts, indem die angeschlossenen Gewerkschaften nicht mehr 3, sondern 1 Delegierten zum Kartell entsenden sollen. Nach längerer Debatte wird beschlossen, folgenden Antrag an das Kartell zu stellen: Den § 1 des Kartellstatuts wie folgt zu ändern: „Jede Gewerkschaft bis zu 100 Mitglieder wählt 2 Delegierte zum Kartell. Auf je weiteren 100 Mitglieder ist ein Delegierter mehr zu wählen. Keine Gewerkschaft darf mehr als 6 Delegierte in das Kartell entsenden." Ferner soll ein Bildungsausschuß gegründet werden und wurde Kollege Damm als Vertreter hiesiger Zahlstelle gewählt. Kollege Zirkel wünscht, daß die reisenden Kollegen mehr über den Ort Löbschütz bei Kahla aufgeklärt werden betr. Entfernungsdistanz, denn es kommt vor, wie es bei ihm selber der Fall war, daß man nach Löbschütz Arbeit erhält und man weiß nicht, wo man sich zwecks Aufklärung hinwenden soll, denn im seltensten Fall wissen die Kollen, daß Kahla-Löbschütz nur durch die Saale getrennt sind. Es soll dieshezüglich Abhilfe geschaffen werden, indem der Vorstand ersucht werden soll, im Adressenverzeichnis folgende Bemerkung unter Kahla aufzunehmen: „Reisende Kollegen, die über Kahla-Löbschütz aufgeklärt sein wollen, mögen sich an Rudolf Damm-Kahla wenden." Hier wurde die Versammlung geschlossen.

Karlsruhe. Am 26. Januar fand in Grünwettersbach eine öffentliche Protestversammlung gegen die von der Regierung geplante Zigarrenbanderolesteuer statt, welche einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Der Referent, Kollege Bauer-Karlsruhe, führte den Anwesenden den Steuerplan der Regierung vor Augen und betonte, daß die Industrie in ihrer Entwicklung durch die fortwährenden Kämpfe behindert werde. Redner forderte zum Schluß auf, dahin zu wirken, daß auch hier in Grünwettersbach einmal die Organisation des Deutschen Tabakarbeiterverbandes Fuß fassen kann, da ja der Verband in jeder Beziehung seinen Mitgliedern zur Seite steht und dafür sorgt, daß bessere Lohnbedingungen geschaffen werden können. Allgemeinen Beifall erntete Redner am Schlusse seiner Ausführungen. Eine Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Neudamm. Zur Arbeitsniederlegung kam es am Mittwoch, den 15. d. M., bei der Firma M. Flesch-Neudamm. Dieser Sache ging folgendes vorauf: Seit einiger Zeit war den hiesigen Kollegen und Kolleginnen bekannt, daß Herr Flesch in seiner Filialfabrik in Schönlanke bessere Verhältnisse von Anfang an eingeführt hatte, als am hiesigen Orte in der Hauptfabrik, wohingegen uns gegenüber immer gesagt wurde, daß dort billiger fabriziert werde. In der am 4. d. M. stattgefundenen Versammlung wurden diese Sachen zur Sprache gebracht und es wurde einstimmig die Gleichstellung gefordert. Es wurde deshalb eine Kommission gewählt, welche in Gegenwart des Verbandsvertreters, Herrn Rosenthal-Berlin, am 5. d. M. mit Herrn Flesch in Verhandlung trat. In dieser Verhandlung wollte sich Herr Flesch zu nichts bequemen und sagte, er würde sich die Sache erst überlegen. Am Montag, den 6. d. M., wurde dann sämtlichen Arbeitern, welche dem Verbande angehören, gekündigt, mit dem Bemerken: Wer aus dem Verbande austrete und es dem Chef schriftlich erkläre, der könne weiterarbeiten. Herr Flesch hatte auf die Uneinigkeit und Wankelmütigkeit gerechnet; doch die Sache kam anders, denn sämtliche Unorganisierte traten daraufhin dem Verbande bei und erklärten sich solidarisch. Nun wurde alles mögliche von seiten des Herrn Flesch versucht, einzelne abzureden oder durch dritte Personen einschüchtern zu lassen. Da dies alles fehlschlug, wurde in der letzten Woche das Umblatt dermaßen verschlechtert, daß überhaupt nichts mehr fertigzubringen war. Wir wurden deshalb vorstellig, und da erklärte Herr Flesch rundweg: Wem es nicht passe, der könne gleich gehen; welchem Verlangen wir denn auch nachgekommen sind, indem wir am Mittwoch, den 15. d. M., einmütig die Arbeit niederlegten. Am Sonnabend, den 18. d. M., waren nun die Kollegen Kiesel-Berlin und Clement-Breslau anwesend, um nochmals in Verhandlungen zu treten; aber auch diese Verhandlungen in Gegenwart der Kommission führten zu keinem befriedigenden Resultat. (Siehe Versammlungsbericht.) Die Wahrheitsliebe des Herrn Flesch zeigt folgendes: Herr Flesch erklärte bei den Verhandlungen, die Arbeiter wären immer mit dem Material zufrieden gewesen und hätten nie etwas gesagt, sie wären bloß aufgewiegelt worden. Und doch ist selten ein Tag vergangen, wo nicht Krach wegen dem Band-Umblatt gewesen ist, wo dann immer erklärt wurde: Wem es nicht paßt, der kann gehen. Wir überlassen es der Kollegenschaft, in Anbetracht der sehr minimalen Forderungen zu beurteilen, auf welcher Seite das Recht ist.

Neudamm. Zu der am Sonnabend, den 18. Januar, angemeldeten außerordentlichen Mitgliederversammlung waren die beiden Gauleiter Kiesel-Berlin und Clement-Breslau erschienen. Kollege Kiesel sprach über: Die Verhältnisse der hiesigen Tabakarbeiterschaft im gegenwärtigen Stadium. Kollege Kiesel schilderte in eingehender Weise die Situation, in der wir uns befinden. Ferner teilte Kollege Kiesel der Versammlung mit, daß die Kommission und die beiden Gauleiter nochmals bei Herrn Flesch vorstellig geworden sind. Das Ergebnis der Verhandlung war für uns gleich Null, denn Herr Flesch sagte etwa folgendes: Die Arbeiter könnten wieder anfangen, wenn sie wollten; das Verlangen des Austritts aus dem Verbande würde er zurücknehmen, er würde auch vielleicht den Zigarrenmachern ausgerippptes Deckblatt geben nach einiger Zeit, jedoch den Wickelmachern könne er gar nichts bewilligen. Kollege Kiesel wie auch Kollege Clement legten nun der Versammlung anheim, darüber zu befinden, ob die Sache weitergeführt werden solle oder nicht. Beide klärten die Versammlung in eingehender Weise auf, welche Gefahren und Opfer damit unter Umständen für jeden eintreten können. Es möge sich ein jeder darüber klar sein, ob er das auch halten will, was von ihm verlangt wird; wer da meint, er könne das nicht, solle lieber noch vorher dies erklären. Nachdem aus der Mitte der Versammlung sich noch einige Redner über die unbestimmten Erklärungen des Herrn Flesch ausgesprochen hatten, wurde zur Abstimmung geschritten; diese ergab, daß alle einmütig für Fortsetzung des Kampfes sind. Kollege Kiesel ermahnte nun die Versammlung, Einigkeit beizubehalten, möge kommen, was da wolle. Sollte der Kampf auch länger dauern, möge keiner die Ruhe verlieren und keiner sich wankelmütig machen lassen, von welcher Seite es auch immer versucht werden sollte. Auch möge keiner sich hinreißen lassen durch Taten oder Aeußerungen etwas Ungesetzliches zu begehen, denn in solchem Falle stehe die Behörde immer auf seiten des Unternehmertums. Auch blicke die ganze Arbeiterschaft resp. Bürgerschaft des Ortes auf uns, deshalb ist ein diszipliniertes Verhalten unbedingt notwendig. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Rheydt. Bei der Firma Gebrüder Schwinges, bei der im Januar 1908 ein Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen wurde, sind ernste Differenzen durch Lohnabzug ausgebrochen. Erst legt man die Löhne fest auf zwei Jahre, um sie später nicht zu halten. Wenn wir so handelten, was würde im Blätterwald für ein Geschrei entstehen von Kontraktbruch usw. Unter keinen Umständen lassen sich die Kollegen den Lohnabzug von 50 Pfg. bis 1 Mark pro Mille gefallen. Hoffentlich wird die Firma sich die Sache nochmals reiflich überlegen, die Arbeiter haben genug Rücksicht walten lassen bezüglich des zu verarbeitenden Materials. Laut Vertrag war besseres Material versprochen, aber das Gegenteil ist eingetreten. Auf die Maßregelungen in letzter Woche werden wir in einem folgenden Artikel näher eingehen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Sorau. Hier tagte im Flora-Etablissement am 20. Januar eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: Die neuen Steuerpläne der Regierung unter besonderer Berücksichtigung der Banderolesteuer. Als Referent war Kollege M. Müller-Berlin erschienen. Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, verlas der Vorsitzende das Antwortschreiben des zu dieser Versammlung eingeladenen, aber nicht erschienenen Vertreters des Kreises, Reichstagsabgeordneten Bahn-Sorau; dasselbe lautet:

In Erwiderung Ihrer geehrten Zeilen von 14. d. M. danke ich für die mir gütigst gesandte Einladung zu der von Ihnen anberaumten Versammlung, und bemerke, daß ich daran mich gern beteiligen würde, aber zu meinem aufrichtigen Bedauern behindert bin, am künftigen Montage nach dort zu kommen. Ich hoffe aber, falls ein Gesetzentwurf von der Regierung vorgelegt werden sollte, dort später Gelegenheit zu einer Aussprache zu finden; für heute beschränke ich mich auf die kurze Mitteilung, daß ich mit einem großen Teile meiner politischen Freunde der Ansicht bin, daß auch bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstages eine weitere Belastung der Tabakindustrie ebensowenig — wie vor zwei Jahren — Zustimmung finden wird. Weiteres kann ich vor Kenntnisnahme der in Frage stehenden Vorlage heute noch nicht äußern und verbleibe

Hochachtungsvoll!

Rud. Bahn.

Hierauf hielt Redner einen sehr interessanten, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Zum Schluß forderte er alle Anwesenden auf, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. Eine Protestresolution fand einstimmige Annahme und wurde dem Abgeordneten Bahn übersandt.

Würzburg. Eine öffentliche Protestversammlung der Tabakarbeiter und Interessenten, die sehr gut besucht war, fand am Sonntag im Fränkischen Hof statt. Als Referent war Gauleiter Genosse Franz Schnell aus Gießen erschienen, welcher zu der vor der Regierung geplanten Banderolesteuer auf Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau-, sowie Schnupftabak folgendes in seinem Referate ausführte: Es gibt wohl keinen Erwerbszweig im ganzen Deutschen Reich, welcher von der Regierung mit immer und immer neuen und größeren Steuern bedacht wird, als wie gerade die Tabakindustrie. Es ist ein Skandal, eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen, eine Industrie jahrzehntelang fortgesetzt durch immerwährende Steuervorlagen zu beunruhigen. Diese Beunruhigungen haben dahin geführt, daß der Tabakarbeiter mit zu den schlechtest bezahlten Arbeitern im Reich gehört. Tatsächlich nehmen die Tabakarbeiter von den 65 Berufsarten in Deutschland die 64. Stelle ein, an letzter Stelle stehen die schlesischen Textilarbeiter. Das Jahr 1879 brachte uns eine Tabaksteuer, welcher unsrer aufblühenden Industrie schweren Schaden zufügte. Die Großfabrikanten verlegten ihre Fabriken, um billigere Arbeitskräfte zu bekommen, auf das platte Land, Frauen- und Mädchenarbeit nahm überhand, kurz, die Verhältnisse der Tabakarbeiter hatten sich sehr verschlechtert. Im Jahre 1881 brachte Bismarck, welcher es, trotzdem die unheilvollen Folgen der Tabaksteuer noch in voller Wirkung waren, gar nicht abwarten konnte, daß der Tabak noch mehr bluten müsse, einen Tabakmonopolentwurf nach französischem Muster ein, der den Ertrag der Tabaksteuer von 50 auf 120 Millionen durch das Monopol erhöhen sollte. Es stimmten aber nur 43 Abgeordnete für das Monopol, auch das im Jahre 1893 eingebrachte sogen. Fabrikatsteuergesetz wurde abgelehnt, ebenso die wiederum 1895 eingebrachte Steuervorlage. Im Jahre 1905 wollte die Regierung eine Erhöhung der Tabaksteuer von 85 Mk. pro 100 Kilo auf 125 Mk. für ausländischen, von 42 Mk. pro 100 Kilo auf 62 Mark für inländischen Tabak. Das wurde abgelehnt, aber die Banderolesteuer auf Zigaretten wurde eingeführt. Jetzt solle eine Banderolesteuer auf Zigarren eingeführt werden, dagegen erheben die Tabakarbeiter energischen Protest. Beifall lohnte den Redner. Eine Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Peterswaldau. In der Versammlung vom 12. Januar in Nr. 5 des Tabakarbeiters hat nicht der Kollege Langner-Ohlau, sondern Kollege Langner-Sprottau referiert.

An die Bevollmächtigten und Mitglieder des 6. Gaues.

Mache hiermit nochmals aufmerksam auf die gesandten Sammellisten zur Bekämpfung der Tabaksteuervorlagen. Setze jeder seine Kraft ein, damit wir den Kampf mit Erfolg beenden können.

Verweise im übrigen auf den Aufruf in Nr. 52 des Tabak-Arbeiter, sowie Zirkular.

Einzelne Zahlstellen sind bis jetzt Vorstehendem nicht nachgekommen. Hoffentlich wird es jetzt nachgeholt.

Mit kollegialem Gruß

Ludwig Klein, Gauleiter, Köln, Heinrichstraße 10, II.